

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Müllinghaus, Berlin.  
Fernsprecher: Amt Döbhoff 4196/4198



Kuferschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6  
Druckerschrift: Copadirekt

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartaalsschluss, wenn nicht anderes vereinbart ist. Größtmöglicher für beide Teile in Berlin.

Int. Insultant

Berlin, den 6. Jan. 1932.

Red. Besprechungs  
Amsterdam

Der Finanzausgleich.

## Gefährdung der Selbstverwaltung - unsoziale Steuerreform.

SPD. Der Finanzausgleich ist eines der schwierigsten Probleme der öffentlichen Finanzpolitik und die Art, in der dieses Problem gelöst wird, ist von grösster Bedeutung für die Entwicklung der öffentlichen Wirtschaft, die Höhe und Verteilung der Steuerbelastung und das Schicksal der Selbstverwaltung. Die Ordnung des deutschen Finanzausgleichs ist noch durch die Rivalität von Reich und Ländern besonders erschwert. Die deutsche Finanzgeschichte vor und nach dem Kriege ist von ständigen Kämpfen um den Finanzausgleich erfüllt, ohne dass es bisher gelungen wäre, eine brauchbare Lösung zu finden. Jetzt ist die Reihe der Reformvorschläge, die diesem unglücklichen Zustand ein Ende machen wollen, durch einen neuen Vorschlag vermehrt worden, dem besondere Bedeutung zukommt.

Der frühere Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Dr. Popitz hat eine privaten "Studiengesellschaft für den Finanzausgleich" ein umfangreiches Gutachten über "den künftigen Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden" erstattet. Dieses Gutachten (das im Verlage von Otto Liebmann, Berlin erschienen ist) unternimmt es, neue Wege für die Gestaltung des Finanzausgleichs zu weisen, die, wenn sie beschränkt werden, zu einer umfassenden Neuordnung unserer gesamten öffentlichen Finanzwirtschaft führen müssen. Im wesentlichen bringt das Gutachten folgende Vorschläge:

1. Die Grundlage für die gesamte kommunale Finanzwirtschaft soll eine einheitliche Finanzordnung bilden, die nach dem Muster der Reichshaushaltsordnung entworfen ist. Sie soll eine Haushaltsordnung, Vorschriften über die Anleiheaufnahme, über die Verwaltung der öffentlichen Unternehmungen, über das Gemeindebeamtenrecht und die Durchführung der Rechnungslegung und Rechnungsprüfung enthalten.

2. Das Gemeindesteuersystem soll in folgender Weise umgebaut werden: Die Hauszinssteuer wird abgebaut und teilweise durch eine Wohnungsteuer ersetzt, die in ein festes Verhältnis zu den Realsteuern gebracht wird. (Diese Vorschläge sind durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 zum Teil überholt). Die Gewerbesteuer soll um 40 % gesenkt werden. Die Bürgersteuer soll auf die Personen beschränkt werden, die nicht wohnungsteuerpflichtig sind. Die Bier- und Getränkesteuern der Gemeinden sollen in eine 10%ige Ausschanksteuer umgewandelt werden.

3. Soweit der Finanzbedarf der Gemeinden durch ihre eigenen Steuern nicht gedeckt wird, sollen Staatszuschüsse und Finanzzuweisungen gewährt werden. Die Staatszuschüsse sollen sich vor allem auf die persönlichen Volksschul-lasten, die Polizeikosten und die Wegelasten beziehen, ähnlich wie es bereits in Preussen der Fall ist. Die Finanzzuweisungen sollen an die Stelle der jetzigen Reichssteuerüberweisungen treten. Sie sollen nicht mehr nach dem örtlichen Aufkommen, sondern auf Grund objektiver Bedarfsmassstäbe verteilt werden. Für die eine Hälfte ist ein Verteilungsschlüssel nach der Einwohnerzahl vorgesehen, der die mit der Grösse der Gemeinde wachsenden Verwaltungskosten berück-

sichtigt, für die andere Hälfte soll der Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger und ihrer Familienangehörigen an der Gesamtheit der Gemeinde-Bevölkerung massgebend sein.

4. Eine Sonderregelung ist für die Erwerbslosenfürsorge vorgesehen. Popitz erklärt, dass die Arbeitslosenversicherung versagt habe und daher mit der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtspflege in einer einheitlichen Arbeitslosenfürsorge aufgehen müsse, deren Verwaltung den Gemeinden übertragen werden soll. Die Finanzierung dieser Fürsorge soll durch eine besondere Notabgabe erfolgen, zu der Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Beamte unter Anrechnung der bisherigen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, der Krisensteuer und eines Teils der Gehaltskürzung herangezogen werden sollen.

Diese Vorschläge sind zweifellos sehr beachtlich. Während aber Popitz wiederholt betont, dass er sich nur von finanzwirtschaftlichen Zielsetzungen leiten lasse, geht doch aus dem Gutachten klar hervor, dass seine Vorschläge von bestimmten politischen und wirtschaftlichen Grundeinstellungen ausgehen, die wir nicht teilen können. In erster Linie gilt das von der Absicht, den öffentlichen Aufwand weiter herabzudrücken. Soweit es sich nur darum handelt, die öffentlichen Finanzen so rationell wie möglich zu gestalten und jede unwirtschaftliche Verwendung öffentlicher Mittel zu bekämpfen, können wir die Forderungen von Popitz nur unterstreichen. Popitz ist aber darüber hinaus offenbar ein grundsätzlicher Gegner einer Ausdehnung der öffentlichen Betätigung. Aus dem gleichen Grunde tritt er auch für die Beseitigung der Arbeitslosenversicherung ein, was einen verkappten Abbau der Unterstützungssätze bis auf den Stand der Wohlfahrtspflege bedeutet. Ebenso verlangt er, dass die Tätigkeit der Gemeinden auf dem Gebiet des Wohnungsneubaus unterbunden wird.

Der zweite gefährliche politische Gesichtspunkt ist der Kampf gegen die Auswirkungen des allgemeinen Wahlrechts in den Gemeinden. Dies ist der tiefere Grund für die weitere unsoziale Umgestaltung des Steuersystems, die Popitz vorschlägt. Es genügt ihm nicht, dass heute die breiten Massen schon durch Bürgersteuer, Biersteuer, Getränkesteuer, Grundsteuer und die Werkstarife ganz ausserordentlich stark zu den Gemeindelasten beitragen. Es soll auch noch eine Wohnsteuer hinzukommen, die so gestaltet werden soll, dass jede Erhöhung der Gewerbesteuer zugleich eine Erhöhung der Mieterbelastung nach sich zieht.

Popitz stellt seine Vorschläge als einen Wiederaufbau der Selbstverwaltung dar. Auch das ist sehr fragwürdig. Denn zugleich werden die staatlichen Kontrollen in einer Weise ausgedehnt, die auf manchen Gebieten einer völligen Reglementierung gleichkommt. Insbesondere sind die Vorschläge über die öffentlichen Versorgungsbetriebe, die in der Aufhebung ihrer Steuerfreiheit gipfeln, eine schwere Gefahr für die Gemeindegewirtschaft.

Diese wenigen Beispiele verdeutlichen, dass es sich bei dem Gutachten von Popitz nicht nur um die ausgezeichnete Arbeit eines Sachverständigen von Rang handelt, sondern um den Plan, bestimmte politische Absichten durchzusetzen, einen Plan, den die Arbeiterschaft mit der grössten Wachtsamkeit weiter verfolgen muss.

SPD. Paris, 6. Januar (Eig. Drahtb.)

Der französische Handelsminister Rollin hat am Mittwoch während der Generalversammlung der Pariser Handelskammer eine Rede gehalten, in der er wiederum die französischen Zollschutzmassnahmen (Kontingentierung zahlreicher Einfuhrartikel und Erhebung von Valutazuschlägen) verteidigte. Diese Massnahmen, so führte der Minister aus, hätten sich als wirksam erwiesen, denn das französische Aussenhandelsdefizit sei von 1,4 Milliarden im Juni 1931 auf 500 Millionen im November gesunken. Die Aussenhandelsbilanz habe sich also um 63 % gebessert. Dieses Ergebnis möge zwar noch ungenügend erscheinen, aber es sei nur ein Anfang; denn das in den letzten Monaten eingeführte Regime sei schmiegsam genug, um allen Eventualitäten angepasst werden zu können.

Die französische Regierung beabsichtigt also nach Rollin das Kontingentierungssystem nötigenfalls noch weiter auszubauen. Diese Politik findet aber selbst in Frankreich nicht allgemeine Zustimmung; denn sie verhindert einmal jede Preisverminderung und schädigt ferner den französischen Ueberseehandel und die französische Schifffahrt. Infolgedessen hat der Verband der französischen Hafenstädte und der Handelskammern in diesen Städten sich in seiner letzten Sitzung gegen die Kontingentierungspolitik und die systematische Kündigung aller Handelsabkommen, die von verschiedenen Seiten verlangt wird, ausgesprochen. Der Verband ist der Ueberzeugung, dass die Vorteile, die die wirtschaftliche Expansion Frankreichs sowohl auf dem Inlandsmarkt wie auf den Auslandsmärkten der französischen Industrie verschafft hat, keineswegs die Errichtung eines übertriebenen Zollschutzsystems rechtfertigt oder gar erlaubt, ein solches Regime als ein Mittel anzusehen, das den allgemeinen Wohlstand Frankreichs dauernd erhält. Der Verband ist der Meinung, dass man in der gegenwärtigen Krise sich zunächst bemühen muss, die Märkte in den Ländern, deren wirtschaftliche und finanzielle Lage befriedigend geblieben ist, für Frankreich zu erhalten und sich nicht der Herabsetzung der Gesteuerungskosten zu widersetzen die gemäss dem Beschlusse des Nationalen Wirtschaftsrates das einzige Element ist, das ein allgemeines Wiederaufleben der Geschäftstätigkeit beschleunigen kann.

SPD. Die Bergarbeiter-Internationale teilt mit, dass die kürzlich verbreitete Meldung über die Einberufung eines europäischen Bergarbeiter-Kongresses unrichtig ist. Ob im Jahre 1932 ein ordentlicher internationaler Bergarbeiter-Kongress abgehalten werden wird, unterliegt der Beschlussfassung des Internationalen Bergarbeiterkomitees, das am 8. Januar in Genf zusammentritt. Diese Beratung dient hauptsächlich der Vorbereitung der vom Völkerbund für den 11. Januar einberufenen Kohlen-Sachverständigenkonferenz, zu der ausser Regierungs- und Unternehmervertretern auch Arbeitnehmervertreter geladen sind.

SPD. Paris, 6. Januar (Eig. Drahtb.)

Ministerpräsident Laval hatte am Mittwoch eine Unterredung mit dem Vorsitzenden des nordfranzösischen Grubenbesitzerverbandes, die sich auf die angekündigte 10 prozentige Lohnsenkung in der Grubenindustrie bezog. Am Donnerstag werden die vertreter der Grubenarbeitergewerkschaften von Laval empfangen.

SPD. Die Kombination eines Berliner Blattes, dass sich der Reichstag "noch vor dem Zusammentritt der Lausanner Konferenz versammeln und in einer einmütigen Kundgebung die Auffassung des deutschen Volkes vertreten" könnte, entbehrt nach Mitteilung von zuständiger Stelle jeder realen Grundlage. Eine aussenpolitische Debatte werde im Reichstag nicht vor sondern nach Lausanne stattfinden.

Weniger entschieden werden die seit Tagen umherschwirrenden Gerüchte dementiert, nach denen der Reichstag noch im Januar zwecks verlängerung der Amtsperiode des gegenwärtigen Reichspräsidenten zusammenberufen werden soll. Inwieweit auf derartige Bestrebungen der gegenwärtige Aufenthalt Hitlers in Berlin zurückzuführen ist, lässt sich im Augenblick ebenfalls noch nicht übersehen. Immerhin scheinen innerhalb der Reichsregierung bestimmte Kreise der Auffassung zu sein, dass die Nazis für eine Verlängerung der Amtsperiode des gegenwärtigen Reichspräsidenten durch den Reichstag zu gewinnen sein werden.

SPD. Kiel, 6. Januar (Eig. Drahtb.)

Die "Eiserne Front" der Arbeiterorganisationen in Schleswig-Holstein hat unter der Parole "Wir greifen an" das neue Jahr in fast allen Städten mit grossen Kundgebungen gegen den Faschismus eingeleitet. Bisher fanden nicht weniger als 40 Versammlungen statt, die sämtlich überfüllt waren. Seit 1918 hat die Provinz derart überfüllte Veranstaltungen nicht mehr erlebt. Im Verlaufe dieser Woche werden noch weitere 50 Kundgebungen einberufen werden.

SPD. Braunschweig, 6. Jan. (Eig. Drahtb.)

Im Lande Braunschweig ist die Stimmung bereits jetzt, kurz nach Beendigung des Weihnachtsfriedens, bis zur Siedehitze gestiegen.

In nationalsozialistischen Versammlungen hält der Nazi-Minister Klagges gegen die Marxisten und gegen die sogenannten Notverordnungsparteien geschwollene Reden. Die Kommunisten demonstrieren in den Strassen der Stadt Braunschweig gegen die Regierung, durch die sie mit einer ganz unzureichenden Winterbeihilfe enttäuscht worden sind. In Helmstedt demonstrierten die Nationalsozialisten wegen der Bluttaten in Völpke. Die während dieser Bluttaten verwundeten Nationalsozialisten und ein Kommunist liegen im Krankenhaus in Helmstedt. Am Dienstag erhielten die verwundeten Nationalsozialisten Besuch von Parteifreunden. Später drangen sie in das Zimmer des Kommunisten ein und spuckten vor seinem Bett aus. Als das in der Stadt bekannt wurde, kam es auf der Strasse zu Schlägereien und Tumulten zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, sodass das Ueberfallkommando aus Braunschweig eingesetzt werden musste.

In keinem deutschen Lande dürfte es augenblicklich so unruhig zugehen wie in Braunschweig.

SPD. Stuttgart, 6. Januar (Eig. Drahtb.)

Auf der Landesversammlung der württembergischen Demokraten sprach Reichsfinanzminister Dr. Dietrich am Mittwoch über die politischen Aussichten des Jahres 1932. Nachdem er die Gründe für das Entstehen der Weltkrise dargelegt hätte, äusserte er sich über die innerdeutschen parteipolitischen Verhältnisse.

Die ruhige Aufnahme der letzten Notverordnung durch das deutsche Volk - so führte Dietrich aus - sei aufs höchste zu bewundern. Es sei der Reichsregierung damals verschiedentlich geraten worden, nach dem Sturz des englischen Pfundes auch die deutsche Mark absacken zu lassen. Aber er sei gewiss, dass jede Regierung, die so gehandelt hätte, vom Volkssturm weggefegt worden wäre. Niemand wisse heute, ob es möglich sein werde, dass sich das Pfund wieder erhole. Das Reich müsse deshalb 14 Monate ohne einen Pfennig Kredit wirtschaften. Die Regierung sei aber entschlossen, durchzuhalten, um die Währung nicht zu gefährden und nach aussen hin verhandlungsfähig zu bleiben.

Ueber die deutschen Parteiverhältnisse führte Dietrich aus: Unter den bürgerlichen Parteien seien die Demokraten heute die einzigen, die die Forderungen der Zeit begriffen hätten. Bei der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei sei überhaupt keine politische Linie zu beobachten. Sie hätten nur Schwierigkeiten und Krisen zu machen gewusst, während es doch die Hauptaufgabe sei, den Staat, so wie er ist, zu erhalten. Bei der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl würden die Würfel fallen. Sie sei die Frage des deutschen Schicksals überhaupt, gegen die auch die Preussenwahlen an Bedeutung zurücktreten würden. Das Bürgertum würde nur früher gemachte Fehler wiederholen, wenn es jetzt den Nationalsozialisten nachlaufe. Das dritte Reich sei doch in Wirklichkeit nichts anderes als ein mystisches Dunkel. Das Bürgertum müsse aber lernen, sich in wenigen grossen politischen Gruppen zusammenzufinden, die auf dem Boden dieses Staates stehen, um die Macht in ihm und um die Erhaltung

der Republik kämpfen. Sonst gefährde das Bürgertum mit der Existenz der Republik zugleich auch sich selbst und seine eigenen Ziele.

Die Rede Dietrichs wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

SPD. Mitte Januar beginnt die Einziehung der Bürgersteuer für das Jahr 1931. Ueber ihre Vorschriften besteht noch weitgehende Unklarheit. Die folgende Darstellung unterrichtet darüber, wer die Bürgersteuer bezahlen muss, welche Befreiungen vorgesehen sind, welches Einkommen für die Berechnung zu Grunde gelegt wird und wann die Steuer abzuführen ist.

Wer muss Bürgersteuer zahlen?

Die Steuerpflicht ist an zwei Voraussetzungen gebunden. 1. Der Pflichtige muss am 10. Oktober 1931 das 20. Lebensjahr erreicht oder überschritten haben. Daraus ergibt sich, dass auch diejenigen, die am 10. Oktober 20 Jahre alt geworden sind, bürgersteuerpflichtig sind, während diejenigen, deren 20. Geburtstag auf den 11. Oktober fiel, die Bürgersteuer 1931 noch nicht zu zahlen haben. 2. Der Pflichtige muss selbständig auf eigene Rechnung leben. Diese Voraussetzung wird von denen erfüllt, deren Jahreseinkommen über 500 RM hinausgeht. Von der Bürgersteuer ist also der befreit, dessen Einkommen im Jahr 1932 die 500 Mark-Grenze nicht übersteigt. Im anderen Fall muss die Steuer bezahlt werden, auch wenn das Einkommen nur um einen geringen Betrag über die Freigrenze von 500 Mark hinausgeht.

Auch die Ehefrau ist steuerpflichtig, selbst wenn sie kein Einkommen hat. Sie lebt mit ihrem Manne zusammen, selbständig auf eigene Rechnung. Das Einkommen des Mannes gilt ebenso wie etwa das eigene Einkommen der Frau als gemeinsames Einkommen der Ehegatten. Dieses gemeinsame Einkommen begründet, wenn es über 500 Mark hinausgeht, die Steuerpflicht beider Ehegatten und verpflichtet den Mann zur Abführung des vollen, die Frau zur Abführung des halben Steuersatzes.

Leben im Haushalt der Eltern über 20 Jahre alte Kinder ohne eigenes Einkommen oder mit einem Einkommen unter 500 Mark, so sind sie nicht bürgersteuerpflichtig. Das gleiche gilt für Eltern und Geschwister, die im Haushalte der Kinder oder der Geschwister leben.

Wie hoch ist die Bürgersteuer?

Der Mindestsatz beträgt bei einem Jahreseinkommen bis 4 500 RM 6 RM und bei einem Jahreseinkommen bis 6 000 RM 9 RM. Zu diesen Mindestsätzen werden von den Gemeinden Zuschläge erhoben, die verschieden hoch sind. Die sich wegen der Erhebung von verschiedenen hohen Zuschlägen ergebenden unterschiedlichen Steuerbeträge sind aus der nachstehenden Tabelle zu ersehen:

Steuersatz in %	<u>Einkommen:</u>					
	bis 4 500 RM.		4500 - 6 000 RM		6 000 - 8 000 RM.	
	ledig	verh.	ledig	verh.	ledig	verh.
100	6,00	9,00	9,00	13,50	12,00	18,00
(Mindestsatz)						
150	9,00	13,50	13,50	19,25	18,00	27,00
200	12,00	18,00	18,00	27,00	24,00	36,00
250	15,00	22,50	22,50	33,75	30,00	45,00
300	18,00	27,00	27,00	40,50	36,00	54,00
350	21,00	31,50	31,50	47,25	42,00	63,00

Wann wird die Bürgersteuer gezahlt?

Die Bürgersteuer wird nicht auf einmal, sondern an mehreren Zahlungsterminen abgeführt. Die Zahl der Zahlungstermine ist umso grösser, je höher der Zuschlag ist. Bei den Wochenlohnempfängern sind ausserdem die allgemein geltenden Zahlungstermine verdoppelt. Die von ihnen zu zahlende Bürgersteuer wird jeweils am 10. und am 24. d. Mts. fällig, während für alle anderen Lohn- und Gehaltsbezieher nur jeweils der 10. d. Mts. der Fälligkeitstag ist, Aus der fol-



genden Uebersicht ergibt sich die unterschiedliche Fälligkeit der Bürgersteuer bei den verschiedenen hohen Zuschlägen:

bei 100 %	Januar, April
" 150 %	Januar, März, Mai
" 200 %	Januar, März, Mai, Juni
" 250 %	Januar, März, April, Mai, Juni
" 300 % und darüber:	Januar, Februar, März, April, Mai, Juni.

Ermässigungen und Befreiungen:

Während für die Feststellung der Freigrenze von 500 Mark das Einkommen im Jahre 1932 massgebend ist, sind für die Ermässigung der Bürgersteuer die Verhältnisse des Jahres 1930 zu Grunde zu legen. Die Ermässigung der Bürgersteuer auf die  Hälfte können die Steuerpflichtigen beanspruchen, die im Jahre 1930 keine Lohnsteuer gezahlt haben. Das sind alle, deren Wochenlohn nicht über den steuerfreien Betrag von 24 Mark oder (sofern sie verheiratet sind und zwei Kinder haben) 33,60 Mark hinausgegangen ist. Das Finanzamt muss auf Antrag den Vermerk auf der Steuerkarte berichtigen.

Zu den Steuerpflichtigen, die im Jahre 1930 befreit waren, gehören auch solche Pflichtigen, die damals Lohnsteuer bezahlt haben, denen aber die Lohnsteuer wegen Verdienstaussfall in vollem Umfange erstattet worden ist. Nur die wenigsten der Lohnsteuerpflichtigen, die im Frühjahr 1931 für das Jahr 1930 Lohnsteuer im Erstattungswege zurückerhalten haben, wissen, ob der Erstattungsbetrag genau so gross war, wie die im Jahre 1930 abgeführte Lohnsteuer. Deshalb sollten alle Lohnsteuerpflichtigen, die im Jahre 1930 längere Zeit arbeitslos oder krank waren und demgemäss im Frühjahr 1931 einen verhältnismässig hohen Erstattungsbetrag erhielten, beim Finanzamt beantragen, dass ihnen wegen Lohnsteuerfreiheit im Jahre 1930 der halbe Bürgersteuersatz angerechnet wird. Diesen Anträgen, die auf Grund von § 9 Abs. 3 der Durchführungsbestimmungen zu Bürgersteuer gestellt werden müssen, ist die Steuerkarte 1932 beizulegen.

Die Bürgersteuer wird nicht erhoben von den Empfängern der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung und der öffentlichen Fürsorge, von den Sozialrentnern mit einem Jahreseinkommen bis zu 900 RM und von den Empfängern einer Zusatzrente nach § 88 des Reichsversorgungsgesetzes.

SPD. Husum, 6. Januar (Eig. Drahtb.)

Der nationalsozialistische Gemeindevorsteher der Gemeinde Uelverbüll war von dem zuständigen Landrat seines Amtes enthoben worden, weil die Art seiner Geschäftsführung die Gemeinde in unmögliche Zustände brachte. Jetzt haben die zur Gemeinde gehörenden Nazibauern aus Protest gegen den kommissarisch eingesetzten Gemeindevorsteher die Zahlung der Steuern verweigert und dadurch die Gemeinde zahlungsunfähig gemacht. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Gemeindevertretung haben deshalb bei der vorgesetzten Behörde energische Massnahmen gegen die Steuerverweigerer beantragt.

SPD. Die deutschen Botschafter in Paris, London und Rom werden am Donnerstag in Berlin eintreffen und hier unter dem Vorsitz des Reichskanzlers an Besprechungen der zuständigen Ressorts über das Reparationsproblem teilnehmen. Vor ihrer Abreise nach Berlin hatten die Botschafter noch Besprechungen mit den Chefs bzw. Aussen- oder Finanzministern der Regierungen, bei denen sie akkreditiert sind.

Die Beratungen der Reichsregierung mit den Botschaftern in Paris, London und Rom dienen der Vorbereitung der für die nächste Woche in Aussicht genommenen Besprechungen des Reichskabinetts, die zur Festlegung der Taktik der deutschen Delegation in Lausanne führen sollen. Immerhin steht bereits jetzt fest, dass die Reichsregierung in Lausanne um eine endgültige Lösung des Reparations

problems bemüht sein und der Reichskanzler die deutsche These persönlich vorgelesen wird. Eine andere Frage ist die, inwieweit Deutschlands Bemühungen um die endgültige Lösung von Erfolg begleitet sein werden. Die Aussichten dafür sind leider nur gering. Frankreich beharrt trotz des Basler Gutachtens verläufig immer noch auf dem Standpunkt, dass der Youngplan nicht angetastet werden darf und Deutschland lediglich ein Moratorium gewährt werden soll. Angesichts der bevorstehenden Neuwahlen zur französischen Kammer, die wahrscheinlich im April vor sich gehen werden, ist kaum damit zu rechnen, dass die französische Regierung von dem bisher eingenommenen Standpunkt wesentlich abweichen wird.

Was aber dann? In England propagiert man angesichts des Widerstands gegen eine endgültige Lösung, insbesondere aber auch in Anbetracht der Schwierigkeiten, die für den Fall einer derartigen Absicht zu überwinden wären, ein kurzfristiges Moratorium von halbjährlicher Dauer. Man erblickt in einer solchen Lösung, die in Wirklichkeit keine Lösung ist, sondern eine Vertagung der Lausanner Konferenz um ein halbes Jahr bedeuten würde, die Chance, dass sich die an dem Reparationsproblem interessierten Regierungen bereits vor Ablauf des halbjährlichen Moratoriums wieder zusammensetzen müssen, in der Zwischenzeit die französischen Kammerwahlen stattgefunden haben und dann der Weg zu einer endgültigen Lösung des Reparationsproblems frei oder wenigstens freier ist als heute.

-----

SPD. Graz, 6. Januar (Eig. Drahtb.)

Der eines Mordes an einem Heimwehrmann beschuldigte Schutzbündler Steineberger wurde am Mittwoch nach dem Spruch der Geschworenen, die jede Schuldfrage verneinten, freigesprochen. Steineberger wurde sofort aus der Haft entlassen.

-----

SPD. Der preussische Etat für das Jahr 1932 soll dem Landtag in nächster Zeit vorgelegt werden. Gegenwärtig weist er allerdings noch einen Fehlbetrag von 167 Millionen auf, von denen etwa 20 Millionen durch weitere Einsparungen gedeckt werden sollen. Aber auch dann verbleibt noch ein Fehlbetrag von rund 150 Millionen, dessen Deckung nur auf zwei Wegen möglich erscheint: Entweder durch Erschliessung neuer Einnahmen oder durch eine zusätzliche Hilfe des Reichs.

Am Mittwoch hat über diese Fragen eine Aussprache zwischen dem Reichskanzler Dr. Brüning und dem preussischen Finanzminister Dr. Klepper stattgefunden. Im preussischen Finanzministerium plant man durch die Einführung der Schlachtsteuer, wie sie bereits in Bayern und in Sachsen besteht, etwa 100 Millionen neue Einnahmen zu gewinnen. Im Reich aber trägt man Bedenken, dass durch die Einführung der Schlachtsteuer die Absichten der Reichsregierung auf Senkung der Preise durchkreuzt, mindestens aber erschwert werden können. Andererseits aber weigert sich auch die Reichsregierung, Preussen irgendwelche Zahlungen aufgrund seiner alten Entschädigungsansprüche durch den Kriegsausgang und den Friedensvertrag, wie sie den süddeutschen Staaten mehrfach gewährt worden sind, zu bewilligen.

Zu einer Verständigung scheint es in der Besprechung nicht gekommen zu sein. Sie muss jedoch gefunden werden, weil ungeordnete Finanzen des grössten deutschen Einzelstaates ebenso gefährlich sind wie im Reich. Trägt das Reich Bedenken gegen eine Erhöhung oder Neueinführung von Steuern, was durchaus zu verstehen ist, dann darf es sich nicht zugleich auch der Pflicht entziehen, Preussen mit Reichsmitteln über die nicht selbstverschuldeten Schwierigkeiten hinwegzuhelfen.

SPD. Paris, 6. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Ende November beschlossene Stützungsaktion zugunsten der in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Banque Nationale de Credit scheint nicht den gewünschten Erfolg gehabt zu haben. Am Mittwoch wurde halbamtlich mitgeteilt, dass auf Antrag des Finanzministers die Gründung einer Aktiengesellschaft beschlossen worden ist, die mit neuem Kapital die Weiterführung des Geschäftsbetriebes der Bank wahrnehmen soll. Die Bildung der Gesellschaft ist dem Vorsitzenden des Pariser Handelsgerichtes, Buisson, übertragen worden.

-----

SPD. Im Berliner Helldorf-Prozess geht die Beweisaufnahme im Schnecken-tempo weiter. Nach den Polizeibeamten, die die Angeklagten auch in dieser Instanz sehr schwer belastet haben, erscheinen jetzt die ersten Opfer der Pogromhelden vor Gericht. Die Angeklagten selbst, von der übergrossen Milde dieses Gerichts ermuntert, werden von Sitzungstag zu Sitzungstag dreister.

Ein besonders starkes Stück leistete sich der Pogromführer Helldorf, der am Dienstag wegen Grippe nicht verhandlungsfähig sein wollte, aber am Abend desselben Tages gesund und munter wie ein Fisch in einer nationalsozialistischen Jugendversammlung als Redner auftrat. Am Mittwoch fehlten von den Angeklagten sechs. Fünf liessen sich mehr oder weniger fadenscheinig entschuldigen, der sechste hielt es überhaupt nicht für nötig, das Gericht zu informieren. Es wurde ein Vorführungsbefehl gegen ihn erlassen. Im übrigen haben es sich die Pogromjünglinge angewöhnt, beim Auftreten von wichtigen Zeugen durch halblaute Zwischenrufe und Empörungsgemurmel zu "demonstrieren". Schuld an diesen seltsamen Zuständen im Moabiter Gerichtssaal ist allerdings auch das Gericht, das die Angeklagten mit Glacéhandschuhen anfasst und bis auf zwei Mann in Freiheit gesetzt hat. Ueber die Folgen dieser Humanität am falschen Platz braucht man sich nicht zu wundern.

-----

SPD. London, 6. Januar (Eig. Drahtb.)

Auf Veranlassung der indischen Regierung wurde am Mittwoch ein grosser Teil der Mitglieder des indischen Kongresses verhaftet und in Gewahrsam gebracht. Auf dem Gebäude des allindischen Kongresses wurde die britische Flagge gehisst. Mit dieser Demonstration zeigt die Regierung an, dass sie das Kongressgebäude in Besitz genommen hat.

-----

SPD. Amsterdam, 6. Januar (Eig. Drahtb.)

Die zum indischen Archipel gehörenden Inseln Bali und Lombok sind, nach einer Meldung aus Batavia, durch einen Orkan und Überschwemmungen von einer schweren Katastrophe betroffen worden. Alle unterseeischen Kabel sind gebrochen, sodass weder telephonische noch telegraphische Verbindung möglich ist. Die Inseln sind vollkommen isoliert. Man vermutet, dass ein Seebeben im Ozean eine Flutwelle zur Folge hatte, die über die beiden Inseln niederging. Ein Flugzeug wurde zu Erkundigungszwecken ausgesandt.

-----

SPD. Beuthen, 6. Januar (Eig. Drahtb.)

Die auf der Karsten-Zentrumsgrube verschütteten Arbeiter konnten auch am Mittwoch noch nicht geborgen werden, trotzdem etwa 30 Mann mit Ablösung Tag und Nacht bei der Arbeit sind. Das Gebirge ist nach wie vor unruhig. Man glaubt deshalb, dass die Verunglückten kaum vor Beginn der nächsten Woche geborgen werden können.

-----



SPD. Amsterdam, 6. Januar (Eig. Drahtb.)

In Enschede ist es in Verbindung mit dem Textilarbeiterstreik zu ersten Zusammenstößen zwischen der Polizei und Streikenden gekommen. Als Polizisten einige Streikbrecher nach Hause begleiteten und die auf der Strasse versammelte Menge aufforderten, sich zu zerstreuen, wurden die Beamten von einigen Unbesonnenen mit Steinen beworfen. Die Gendarmen drangen daraufhin mit gezogenem Säbel auf die Streikenden ein. In dem Tumult wurden zwei unbeteiligte Bürger verwundet. Später warf die Menge in verschiedenen Häusern, in denen Streikbrecher wohnen, Fensterscheiben ein.

---

SPD. Köln, 6. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Tage nach Weihnachten standen in der Eifel ganz im Zeichen von Nazimanövern. Darüber berichtet die "Rheinische Zeitung":

"Es wurde geböllert und geschossen. Angriffe und Belagerungen wurden inszeniert und nach Ruhe und Beschaulichkeit des Eifellandes und seiner Bewohner wenig oder gar nicht gefragt. Man weiss in Nazikreisen, dass die Polizei in der Eifel schwach, sehr schwach ist. Auf manche Ortschaften kommt überhaupt kein Polizeibeamter und der Standort der Hüter der Ordnung ist den Manövergegenden weit entlegen. Die Truppen rekrutieren sich aus der Kölner und Dürener Gegend. Am Lagerfeuer spielte man Landsknecht und Falstaff, denn an Kost und edlen Weinen fehlte es dank der Freigebigkeit der Führer nicht. Zudem gab es auch noch Geld für die Nazis: drei Mark kam pro Tag auf den Mann. Weihnachten gab es Sonderzulage. So werden die Haufen zusammengehalten. Der Eifellandmann ballt die Faust und weiss sich nicht zu helfen. Der Staat jedoch sieht müssig zu, wie in Eifelwäldern gegen ihn gehetzt und Front gemacht wird, von dem Unfug, der mit Schiess- und anderen Waffen getrieben wird, ganz zu schweigen. Jedenfalls ist es höchste Zeit, dass man höheren Orts dem Treiben der Nazis ein kräftiges Halt gebietet."

---

SPD. Parchim, 6. Januar (Eig. Drahtb.)

Die neugewählte Amtsversammlung (Landkreistag) des Amtes Parchim wählte am Mittwoch-Nachmittag den nationalsozialistischen Rechtsanwalt Zeitler aus München anstelle des bisherigen deutschnationalen Amtshauptmanns Rieck zum Amtshauptmann. Es fiel allgemein auf, dass, obwohl die Nationalsozialisten über die Mehrheit verfügen, die Bürgerlichen ihren deutschnationalen Amtshauptmann im Stich liessen und für den nationalsozialistischen Kandidaten stimmten, der insgesamt 14 Stimmen auf sich vereinigte. Für den bisherigen deutschnationalen Amtshauptmann wurde eine Stimme abgegeben. Die Sozialdemokraten gaben weisse Zettel ab. Zum stellvertretenden Amtshauptmann wurde ebenfalls ein Nationalsozialist gewählt. Die nationalsozialistische Mehrheit wählte dann den geschäftsführenden Amtsausschuss, dem nur Nationalsozialisten angehören werden. Auch die meisten Ausschüsse haben die Nationalsozialisten allein besetzt.

---

SPD. Amsterdam, 6. Januar (Eig. Drahtb.)

In der östlichen Provinz Groningen besteht ernste Überschwemmungsgefahr. An verschiedenen Stellen sind die Schutzdeiche an Wasserläufen durchbrochen. Die Dampfpumpwerke sind zur Ableitung des Wassers nicht mehr in der Lage. Grosse Teile des Polterlandes sind bereits überschwemmt.

---

SPD. Schwerin, 6. Januar (Eig. Drahtb.)

In der Amtsversammlung des Amts Schwerin wurde von der nationalsozialistischen Mehrheit der nationalsozialistische Regierungsrat a.D. Bötter zum Amtshauptmann gewählt. Die Sozialdemokratie gab ihre Stimmen für den bisherigen Amtshauptmann Dr. Möller ab.

Bei der Wahl des Amtsausschusses und der übrigen Ausschüsse wurde die Sozialdemokratie von den Nazis vollständig ausgeschaltet. Es wurden zwei Nationalsozialisten und ein bürgerlicher Vertreter gewählt. Die sozialdemokratische Fraktion der Amtsversammlung beantragte daraufhin, dass man ihr, damit sie den Fortgang der Arbeiten beobachten könne, einen Durchschlag des Protokolls über die Amtsausschusssitzungen zustellt. Auch diese Forderung wurde von den Nationalsozialisten abgelehnt.

-----

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

# Aus aller Welt

## Der rationalisierte Zeppelin.

"L.Z.129" wird mit Heliumgas gefüllt - Dieselmotoren - Rauchen nicht verboten!

SPD. In Friedrichshafen entsteht zur Zeit ein Bruder des "Graf Zeppelin" "L.Z.129". Das Luftschiff, das im Gegensatz zu den bisherigen deutschen Zeppelin mit Heliumgas gefüllt werden wird, soll zum Frühjahr 1932 fertig sein. Der Bau des "L.Z.129" gewinnt im Hinblick auf die augenblicklichen Berliner Verhandlungen des "Unterausschuss für Verkehr, Abteilung Luftfahrt, des deutsch-französischen Wirtschaftskomitees", an denen auch Dr. Eckener teilnimmt, erhöhte Bedeutung.

"L.Z.129" wird die in der Nachkriegszeit in Friedrichshafen gebauten Luftschiffe hinsichtlich der den Passagieren gebotenen Bequemlichkeiten, aber auch in seinen Grössenmassen erheblich übertreffen. Die grösste Länge vom Bug bis zum Heck soll 247,80 Meter betragen, gegenüber 235 Meter des "Graf Zeppelin", 200 Meter der "Los Angeles" und 130,8 Meter der in den Jahren 1919 bis 21 gebauten Verkehrsluftschiffe "Bodensee" und "Nordstern". Der grösste Durchmesser des neuen Schiffes wird 41,20 Meter betragen ("Graf Zeppelin" 30,52, "Los Angeles" 27,6, "Bodensee" und "Nordstern" je 18,7 Meter). Infolge dieser vergrösserten Abmessungen wird der Nenngasinhalt auf 200 000 Kubikmeter anwachsen, gegenüber 105 000 Kubikmeter des "Graf Zeppelin", 70 000 der "Los Angeles" und 22 500 der beiden anderen Nachkriegsluftschiffe. "L.Z.129" wird 52 Fahrgäste, 8 Tonnen Gepäck und Post, je 2 Zonnen Trink- und Gebrauchswasser, 6 Tonnen Ballastwasser und 60 Tonnen Treiböl tragen können.

Zum ersten Male in der Geschichte des Luftschiffbaus überhaupt wird der neue Zeppelin nicht mit Benzin-, sondern mit Dieselmotoren ausgerüstet werden. Ihre Leistung wird je 900 bis 1000 Pferdestärken betragen, und damit die der bisher üblichen Maybachmotoren um fast 100 Prozent übertreffen. Die Folge davon ist, dass auch hier "rationalisiert" werden wird. Stattdes bisherigen 8 Motoren wird man mit der Hälfte auskommen. Aber man wird auch statt 24 Maschinen nur noch 12 zur Bedienung des fahrenden Schiffes benötigen. Die Gewichtsersparnis, die der Erhöhung der Nutzlast zugute kommt, wird rund 2 400 Kilogramm betragen. Dazu kommt noch die erhebliche Ersparnis an Betriebsstoffen. Der "Graf Zeppelin" benötigt je Pferdekraftstunde 190 Gramm Blaugas, oder 220 bis 225 Gramm Benzin. Die Dieselmotoren werden nur 165 bis 170 Gramm für die gleiche Leistung benötigen. Das bedeutet bei einer Fahrt von 24 Stunden eine Betriebsstoffersparnis von mehr als 4000 Kilogramm.

Das Gerippe des Schiffes wird wieder aus dem bewährten Duraluminium gebildet sein. Es wird in 16 Abteilungen unterteilt, die die einzelnen Gaszellen, die ebenfalls wieder aus Goldschlägerhaut angefertigt werden, aufnehmen sollen. Die Konstruktion wird sich im übrigen an die bisher erprobten Ausführungen anlehnen. Der Führerraum wird wie bisher vorn liegen. Der mit allem Komfort ausgestattete Fahrgastraum wird dagegen mittschiffs angeordnet sein. Die Fahrgäste sollen mehr Annehmlichkeiten als bisher geniessen können. Auch ein Rauchsalon wird auf dem neuen Schiff nicht fehlen. Auf den bisherigen, mit Wasserstoffgas gefüllten Luftschiffen war das Rauchen streng untersagt.

Das obere, sogenannte A-Deck wird 26 zweibettige Kabinen enthalten. Backbord, d.h. links vom Heck des Schiffes aus gesehen, wird der Speiseraum liegen, dessen Fenster in einem Winkel von 45 Grad geneigt sind. Dadurch werden

die Fahrgäste die überflogene Strecke unter sich betrachten und auch den Horizont erfassen können. Der Speiseraum wird von einem Wandelgang flankiert. Steuerbords wird der Fahrgast ein Lese- und Schreibzimmer finden. Das untere Deck wird ausser dem Rauchsalon die elektrische Küche, die durch einen Speisenaufzug mit dem Speiseraum verbunden ist, Bad und Toiletten, das Schiffsbüro, sowie die Offiziersmesse aufnehmen.

"L.Z.129" soll vor allem in der Südamerikafahrt Verwendung finden. Die bisherigen Fahrten des "Graf Zeppelin" haben die französische "Aero postale", die den zum Teil durch Flugzeuge, zum Teil durch Schnellschiffe versehenen Postdienst zwischen Frankreich, Dakar (Westafrika) und Argentinien versieht, veranlasst, Verhandlungen mit Friedrichshafen anzuknüpfen, die das Ziel haben, Zeppelin auch für ihre Zwecke auswerten zu können. Das ist umso bemerkenswert, als diese Gesellschaft als Konkurrenzunternehmen des Zeppelin-Südamerikadienstes gegründet worden war. Aber auf lange Zeit hinaus wird das gute, billig konstruierte und sicher geführte Luftschiff dem Flugzeug auf den Ozeanen überlegen sein.

+ + +

### Verwechselte Leichenteile - -

#### ----- Die Misswirtschaft im Lübecker Krankenhaus.

SPD. Lübeck, 6. Jan. (Eig. Drahtb.)

Im Calmette-Prozess kam es am Mittwoch, den 6. Verhandlungstag zu einer ungeheuren Sensation. Rechtsanwalt Dr. Wittern hatte am Dienstag auf die verschiedenen Sektionsbefunde an den Organen des Kindes Neuner hingewiesen. Dr. Wiener hatte bei diesem Kinde eine ausgedehnte Darmtuberkulose festgestellt. Professor Schürmann stellte indessen an den Organen nur normale Nymphknoten, im übrigen aber eine Lungentuberkulose fest. Am Mittwoch machte nun der Leichendiener des Allgemeinen Krankenhauses in Lübeck die sensationelle Mitteilung, dass sich im Leichenhause des Krankenhauses noch Organteile der Kinder Reiners, Neuner und Schwarz befinden. Professor Schürmann: "Das war mir bisher vollkommen unbekannt. Die Möglichkeit besteht, dass man mir nicht den Darm des Kindes Neuner zur Untersuchung nach Berlin gesandt hat, sondern einen anderen Darm."

Als dann die noch vorhandenen Organteile aus dem Krankenhaus herbeigeschafft wurden ergab sich, dass die Leichenteile der verschiedenen Kinder in Bündeln durcheinander lagen. Der Darm, den Professor Schürmann in Berlin zur Untersuchung hatte, scheint identisch zu sein mit dem Darm den Professor Deycke seinerzeit gesehen hat, dass er aber nicht identisch war mit dem Darm, den Dr. Wiener untersucht hatte.

Noch steht nicht fest, auf wen diese folgenschwere Verwechslung der Leichenteile zurückzuführen ist, aber das Bild, das man nunmehr von den Zuständen im Leichenhause des Lübecker Krankenhauses gewinnt, passt zu dem Bild, das man bisher bereits von dem Laboratorium des gleichen Krankenhauses gewonnen hat.

+ + +

Die Goethe-Feier. Die offizielle Weimarer Goethe-Gedächtnis-Woche wird unter dem Protektorat des Reichspräsidenten vom 20. bis zum 28. März stattfinden. Gemeinsame Veranstalter sind das Reichsministerium des Innern, das Thüringische Volksbildungsministerium, die thüringische Landeshauptstadt Weimar und die Deutsche Goethe-Gesellschaft. Eine Reihe namhafter Gelehrter und Goetheforscher aus Frankreich (Lichtenberger-Paris), England (Robertson-London), Spanien (Orteg y Gasset-Madrid), Skandinavien, Holland, Ungarn, Polen und USA werden dem Jubiläum durch eine Vortragsreihe "Goethe und die Welt" tieferen Inhalt zu geben versuchen.

Die Goethe-Feier in Frankfurt ist für den 22. März festgelegt. Der Dichter-

arzt Albert Schweitzer, der Goethe=Preisträger des Jahres 1928, der im Februar aus Afrika zurückkehren wird, hat für die im Kaisersaal des Römers stattfindende Feier die Gedächtnisrede übernommen. Die Goethe=Ausstellung im erweiterten Goethe=Museum wird erst im Anschluss an die Frankfurter Tagung der "Sektion für Kunst und Literatur" des Völkerbundes am 15. Mai eröffnet werden. Die Verleihung des Goethepreises soll 1932 ausnahmsweise in der Paulskirche stattfinden.

In Amerika bereitet die "Goethe=Society of America" unter ihrem Präsidenten Emanuel de Marnay Baruch zahlreiche von den grossen Universitäten unterstützte Feiern vor, die sich um eine Hauptveranstaltung in der New Yorker Carnegie Hall gruppieren werden. Bei der New Yorker Hauptfeier sollen neben Gelehrten auch Regierungsvertreter aus USA und Deutschland das Wort ergreifen. Die geistigen Amerikaner haben in verschiedenen Kundgebungen den Wunsch zum Ausdruck gebracht, dass die amerikanischen Goethe=Feiern nicht zu hohlen, phrasenreichen Massenmeetings werden sollen, sondern zu brückenschlagenden Veranstaltungen, durch die dem amerikanischen Volk ein Begriff gegeben werden soll von der in Goethes Werk so hervorragend repräsentierten deutschen Kultur. Die New=Yorker Columbia Universität und das Carnegie=Institut haben sich mit einer Stiftung von je 500 000 Mark an der geplanten 50bändigen Mainzer Goethe=Ausgabe, die auch sonst im Ausland das grösste Interesse findet, beteiligt.

Orkan über Bali. Durch einen heftigen Orkan wurden die beiden östlich von Java gelegenen Inseln Bali und Lombok heimgesucht. Da infolge der Unterbrechung sämtlicher Telefon= und Telegrafverbindungen die Inseln völlig isoliert sind, fehlen noch Einzelheiten über den allem Anschein nach sehr bedeutenden Umfang der Katastrophe.

Kongress der Ozeanflieger. Vom 22. bis 30. Mai wird der Aeroclub von Rom ein Treffen aller derjenigen Piloten veranstalten, die mindestens einen Flug über den Ozean ausgeführt haben. Es soll auf Grund der gewonnenen Erfahrungen die Frage der Einrichtung eines regelmässigen Transozeanverkehrs zur Debatte stehen.

Verurteilter "Kriegsgewinner". Vom Pariser Strafgericht wurde ein Industrieller aus Reims zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hatte seinen persönlich erlittenen Kriegsschaden um 50 Millionen Franken zu hoch angegeben und das Geld einkassiert.

Die Hochwasserkatastrophe. Die Hochwasserlage in Dessau hat sich aussergewöhnlich verschärft. Bereits Mittwoch mittag war die Stadt in zwei Hälften geteilt, zwischen denen keine Verbindung mehr bestand. Die Reichswehr, Technische Nothilfe, Polizeihilfstruppen und Feuerwehr wurden eingesetzt, um die Dämme zu schützen. Bei Retzau ist der Damm der Mulde gebrochen. Die Orte Jessnitz und Raguhn sind aufs äusserste bedroht. Auch in dem Gebiet zwischen Elbe und Mulde wird die Lage immer bedrohlicher.

In Sachsen gilt die Hochwassergefahr als beseitigt, obwohl die Elbe noch bis Donnerstag ansteigen und einen Höchststand von 240 bis 250 Centimeter über Null in Dresden erreichen dürfte. Die Elbwiesen und die Elbkais am Terrassenufer in Dresden sind am Mittwoch=Nachmittag überschwemmt worden. Aus Böhmen wird jedoch schon ein Fallen des Wassers der Moldau und der Eger gemeldet, sodass binnen kurzem auch der Elbwasserstand wieder sinken dürfte. Der an mehreren Stellen unterbrochene Eisenbahnverkehr konnte überall wieder aufgenommen werden, mit Ausnahme auf der Strecke Lauenstein=Glashütte.



## Uebersarbeit trotz Arbeitslosigkeit?

SPD. Der Reichsarbeitsminister hat es für nötig gehalten, der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände mitzuteilen, dass er in der Frage der Arbeitszeitverkürzung zunächst nichts zu tun gedenke. Er wolle vorerst einmal die Auswirkungen der Notverordnung in der Lohn- und Preisgestaltung abwarten. Im Hinblick auf die arbeitsrechtlichen Vorschriften der Notverordnung sei es ratsam, die Ermittlungen über eine zwangsweise Arbeitszeitverkürzung zunächst zurückzustellen.

Der Reichsarbeitsminister wartet also die Lohn- und Preisgestaltung ab. Bei Hungerlöhnen ist natürlich ein Lohnausgleich für Arbeitszeitverkürzung nicht denkbar. Unterdessen steigt die Arbeitslosenziffer. Die Entlassungen nehmen, schon infolge der Exportschwierigkeiten, von neuem bedenklich zu. Die schreckliche Arbeitslosenziffer wird bald noch schrecklicher aussehen als bisher.

Man macht sich doch sicherlich an verantwortlicher Stelle auch darüber einige Gedanken? Oder hat man sich auch dort, wie vielfach in der Öffentlichkeit, schon beinahe an den grauenvollen Zustand der Massen- und Dauerarbeitslosigkeit gewöhnt? Fast scheint es so; denn von irgendwelchen Bemühungen der massgebenden Stellen, Arbeit zu beschaffen, hört man überhaupt nichts mehr. Wenn man von verschiedenen, in Studierstuben ausgeheckten, zweifelhaften Projekten und Rezepten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit absieht, dann ist es merkwürdig still geworden in der Arbeitslosenfrage. Kein Wunder, wenn die Arbeitslosen in ihrer Masse bald nicht mehr daran glauben, dass sie jemals wieder der Arbeit finden.

Ein bedenklicher Zustand, der in Gewerkschaftskreisen viel Unmut hervorruft! Die Gewerkschaften haben absolut keine Lust, die allgemeine Resignation in der Frage der Arbeitsbeschaffung mitzumachen. Sie denken nicht daran - weil die anderen resignieren, nun ebenfalls zu resignieren oder auf Wunder zu warten. Auch eine noch so günstige Regelung der Reparationsfrage kann, wenn sie kommt, nicht von heute auf morgen das Wunder der Brotvermehrung bedeuten. Wenn in den Volksmassen da und dort ein solcher Wunderglaube besteht, so ist das dort noch verzeihlich. Von der Regierung dagegen darf man erwarten, dass sie nicht auf Wunder wartet, sondern überall dort, wo Hilfsmöglichkeiten bestehen, auch etwas für die Stütze des Arbeitsmarktes unternimmt.

Wenn die Regierung schon nicht für Arbeitszeitverkürzung zu haben ist, dann sollte sie doch wenigstens dafür sorgen, dass in diesen Tagen sich nicht auch noch in den Betrieben Uebersarbeit breit macht. Statt Arbeitszeitverkürzung, Arbeitszeitverlängerung? Das wäre denn doch die Höhe. Die Gefahr einer solchen tatsächlichen Arbeitszeitverlängerung in einem Augenblick riesiger Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit besteht. Der neue grosse Lohnabbau hat sie hervorgerufen. Der Lohn ist fürchterlich scharf gekürzt, und der Arbeiter greift, wo sich irgendwie die Gelegenheit dazu bietet, mit beiden Händen nach Uebersarbeit. Ihm kann man das am allerwenigsten verdenken; denn die Lohntüte ist allzu klein geworden. Soll man aber nun deshalb jede Mehrarbeit in den Betrieben einfach hingehen lassen? Das wäre ein Frevel gegenüber den Arbeitslosen. Man darf auch nicht die psychologische Seite dieser Dinge vergessen.



Die Welt ist ein Dorf - auch die Welt der Betriebe. Alles spricht sich herum. Wie muss Mehrarbeit auf Menschen wirken, die vielleicht vor kurzem gerade aus dem Betrieb, wo diese Mehrarbeit stattfindet, entlassen worden sind?

Abhilfe gegen diese versteckte Arbeitszeitverlängerung ist schwierig, weil eine wirksame Kontrolle kaum existiert. Von der Gewerbeaufsicht kann man nicht viel erwarten. Sie kann nicht überall sein, und Ueberarbeit findet ja in den meisten Fällen in den kleineren und mittleren Betrieben statt. Die Gewerbeaufsicht arbeitet überdies nur mit unzulänglichen Mitteln. Ihr fehlt das Geld für die erforderlichen Kontrollreisen, und bei der Polizei findet sie so gut wie keine Unterstützung. Umso mehr sollte der Reichsarbeitsminister der Gefahr der Mehrarbeit infolge der Lohnkürzung Beachtung schenken. Die Verbesserung der Arbeitsaufsicht müsste er im übrigen auch schon deswegen im Auge behalten, weil er eines Tages durch die Macht der Tatsachen schliesslich doch zur Schaffung eines Gesetzes zur Verkürzung der Arbeitszeit gezwungen werden kann und er alsdann eine Verbesserung der Arbeitsaufsicht dringend nötig hat; denn auch die Durchführung der 40-Stundenwoche wird sich praktisch in jedem Betrieb verschieden gestalten. Betriebe, die ohne Unterbrechung durchlaufen müssen, können die 40-Stundenwoche nicht so durchführen wie ein Betrieb, der einen Tag in der Woche ausfallen lassen kann. Arbeitszeitverkürzung ohne wirksame Kontrolle ist von vornherein ein Schlag ins Wasser.

Regellose Arbeitszeitverkürzung in der Richtung zu Kurzarbeit und schematischer Lohnabbau werden - das steht heute bereits fest - niemals eine Linderung der Arbeitslosigkeit herbeiführen, wie das noch vor etwa einem halben Jahr die Unternehmerpresse den Arbeitern einreden wollte. Die Arbeitszeitverkürzung ist, weil der Arbeitsminister es so wollte, zunächst aufgeschoben worden. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Die Arbeitszeitverkürzung kommt. Sie liegt im Zug der Entwicklung. Auch der Reichsarbeitsminister wird sich auf diese Entwicklung ein- und umstellen müssen. Mehrarbeit durch Arbeitszeitüberschreitung - das ist bestimmt nicht das Gebot der Stunde.

-----

SPD. Die Obleute der Berliner Gas- und Wasserwerke nahmen in ihrem Lohn-tarifkonflikt am Mittwoch im Verbandshause der Ortsverwaltung des Gesamtverbandes zu dem Verhandlungsergebnis vom Dienstag Stellung. Nach einem Bericht von Schaum und Polenske beschloss die Konferenz, die Frage der Annahme oder Ablehnung des Verhandlungsergebnisses zur Urabstimmung den Kollegen zu unterbreiten.

Die Obleute der BVG gaben die Erklärung ab, dass durch das Verhandlungsergebnis, vor allem durch die Wiederherstellung der Frauenzulage, der Einbruch in das Tarifrecht beseitigt sei. Die Belegschaft der BVG wird von einer Urabstimmung Abstand nehmen. Die Erklärung über die eventuelle Zustimmung soll durch die Ortsverwaltung erfolgen.

Die Abstimmung in den Gas- und Wasserwerken wird in der Zeit vom Donnerstag-Abend bis Sonnabend-Früh erfolgen. Das Abstimmungsergebnis muss bis Sonnabend 12 Uhr abgegeben sein.

-----

SPD. Für die rheinische Holzindustrie wurde in einem ordentlichen Schlichtungsverfahren ein Schiedsspruch gefällt. Danach soll der Spitzenstundenlohn bis Ende Februar 95 Pfennig und danach 92 Pfennig betragen. Der Schiedsspruch ist erstamlig zum 31. Mai kündbar. Die Erklärungsfrist läuft am 13. Januar ab.

-----

## Senkung der Margarinepreise.

### Der Zusammenbruch der Preiskonvention.

SPD. In der Margarineindustrie, die vor einiger Zeit durch eine empfindliche Preiserhöhung überraschte, haben sich in den letzten Tagen Dinge ereignet, die sicherlich von allgemeinem Interesse sind und einen interessanten Beitrag zum Kapitel Preissenkung abgeben. Die Vorgänge in der Margarineindustrie zeigen, wie in Deutschland Preise "gemacht" werden und der Reichskommissar für Preissenkung tut gut, die Dinge in der Margarineindustrie im Auge zu behalten.

Der Margarinemarkt in Deutschland wird zu 80 bis 90 Prozent durch den englisch=holländischen Konzern Unilever beherrscht. Er tritt in Deutschland unter dem Namen van den Bergh oder Jurgens und Prinzen auf. Zentrale des Konzerns ist Hamburg. Die restlichen 10 bis 20 Prozent werden von ungefähr 40 Margarinefabriken in Anspruch genommen, die sich zu einem Verband der freien Margarinefabriken zusammen geschlossen haben. Wie es mit der Freiheit dieser Margarinefabriken aussieht, ergibt sich aus folgendem: Der englisch=holländische Margarinetrust beherrscht nicht nur den Margarinemarkt, sondern hat auch ungefähr 50 Prozent der Oelmühlen, die den Margarinefabriken das wichtigste Rohmaterial liefern, unter seine Kontrolle gebracht. Damit sind die "freien" Margarinefabriken im Rohstoffbezug stark vom englisch=holländischen Konzern abhängig. Die freien Oelmühlen haben sich selbstverständlich auch in einem Verband zusammengeschlossen. Wie weit die Freiheit der Margarinefabriken und der Oelmühlen aber geht, konnte man vor kurzem daraus ersehen, dass der englisch=holländische Margarinetrust und die "freien" Margarinefabriken eine Preiskonvention abschlossen, nach der die Preise für die billigste Margarinesorte im Grosshandel von 27 auf 32 Pfennig pro Pfund heraufgesetzt wurde. Diese Fettverteuerung im Zeichen des Preisabbaus wurde mit der schönen Phrase zu rechtfertigen versucht, "der Preisschleuderei in den billigen Sorten Einhalt zu gebieten". Dass der Margarinetrust Unilever hier mittat, erscheint begreiflich, weil die billige Margarine für ihn wohl ein Verlustgeschäft ist. Hauptsächlich wohl infolge der hohen Reklamekosten. Die sogenannten freien Margarinefabriken müssen in jedem Falle an dieser Preisheraufsetzung stark profitiert haben. Also es ging trotz des schönen Geredes von der Freiheit der Wirtschaft alles nach den Wünschen und Interessen des Margarinetrusts. Der Konvention traten von 60 Margarinefabriken 57 bei.

Unter den Fabriken, die sich nicht der Preiskonvention anschlossen, befand sich das leitende Unternehmen des Verbandes der freien Margarinefabriken, die Teutoburger Margarinewerke. Das Unternehmen kehrte auch dem Verband den Rücken, wurde Ausseher und nahm den Kampf gegen die Preiskonvention und seine Preisfestsetzungen auf. Wohlweislich hatte es sich für diesen Kampf eigene Oelmühlen zugelegt. Die Teutoburger Margarinewerke waren damit sowohl von dem Margarinetrust Unilever als auch von den "freien" Oelmühlen unabhängig. Das war den Teutoburger Margarinewerken nur zu raten. Denn die Oelmühlen der Teutoburger Margarinewerke, die wirklich eine freie Margarinefabrik waren, wurden prompt aus dem Verband der "freien" Oelmühlen ausgeschlossen, als sich die Teutoburger Margarinewerke weigerten, der Preiskonvention beizutreten. Das ist die "freie Wirtschaft" in Deutschland, deren Lied immer wieder von den Unternehmerverbänden

den gesungen wird. Wer nicht mitmacht, fliegt. Wer sich nicht dem Diktat des Verbandsyndikus unterwirft, wird ausgeschlossen. Willst du nicht mein Bruder sein, schlag ich dir den Schädel ein.

Die Teutoburger Margarinewerke haben sich gegen die Preiskonvention vorerst durchsetzen können. Die Preiskonvention hat sich im Kampf gegen diesen Ausschseiter nicht als stabil erwiesen. Sie hat nur 1½ Monate bestanden und ist mit dem Anfang des neuen Jahres zusammengebrochen. Die Folgen sind, dass in den billigsten Margarinesorten der alte Preis von 27 Pfennig wieder hergestellt wurde. Aber auch in den Qualitätssorten hat der Margarinekonzern seine Preise senken müssen. Der kampfesfrohe Ausschseiter, die Teutoburger Margarinewerke, ist nämlich sogleich zu Kampfpreisen in den Qualitätssorten übergegangen, um dem englisch=holländischen Konzern auch auf dem Gebiet der Qualitätsmarken entgegen zu treten.

Die so erzwungenen Preissenkungen müssen vor allem aus dem Gesichtswinkel der gefallenen Rohstoffpreise betrachtet werden. Der Preis für Sojabohnenöl ist von 71,75 Mark pro Zentner auf 40 Mark zurückgegangen, der Preis für Palmkerne von 79 auf 42 Mark. Sicher fällt die Ermässigung der Preise z.B. für "Rama im Blauband" um 20 Prozent ins Gewicht. Möglich wird sie durch die Rohstoffpreissenkung. Durch die Notverordnung wäre die Preissenkung nicht eingetreten. Sie ist erst durch den Zusammenbruch der Preiskonvention erzwungen worden. Deshalb soll man sich auch keiner Täuschung hingeben. Vorerst geht der Kampf zwischen Ausschseiter und Konzern weiter. Früher oder später wird man sich jedoch auf irgendeiner Basis verständigen und zwar auf Kosten der Verbraucher. Deshalb unsere Aufforderung, der Reichskommissar für Preissenkung möge die Dinge scharf im Auge behalten.

-----

SPD. Polen, das in der Nachkriegszeit sein Gebiet mit einer Hochschutzzollmauer umgab, hat nunmehr mit Wirkung ab 1. Januar für zahlreiche Industrieprodukte "zur Wahrung lebenswichtiger Interessen Polens" Einfuhrverbote erlassen. Die Einfuhrliste umfasst 200 Positionen des polnischen Zollltarifs. Für fast ein Fünftel der bisherigen ausländischen Warenlieferungen nach Polen ist also jetzt formell die Einfuhr verboten. Hierunter fallen insbesondere Industriewaren, die in erster Reihe von Deutschland geliefert werden, wie Materialbearbeitungsmaschinen, Handwerkszeug, elektrische Apparate und Maschinen, Papier- und Papierwaren, chemische Erzeugnisse, Textilwaren u.a.m. Die deutsche Ausfuhr nach Polen ist unter dem Druck der schweren Krise, die auch in Polen herrscht, aber auch infolge der polnischen Einfuhrerschwerung ohnehin schon stark zurückgegangen. Während sich im Jahre 1928 die deutsche Ausfuhr nach Polen noch auf ca. 400 Millionen Mark belief, dürfte sie im Jahre 1931 nur etwa 150 Millionen erreicht haben. Falls die polnischen Einfuhrverbote wirksam bleiben, würde ein weiteres Drittel der deutschen Ausfuhr nach Polen glatt ausgeschaltet werden und die Betriebe und die Arbeiterschaft, insbesondere das schon ohnehin schwer notleidende schlesische Industriegebiet, würden schwer in Mitleidenschaft gezogen werden. Neben der Industrie wird auch der ostdeutsche Import und Großhandel stark geschädigt. Die neue Bestimmung, dass die Einfuhr über See, d.h. die Einfuhr über den neuen polnischen Hafen Gdingen, von Zollerhöhungen, die Polen gleichfalls vorgenommen hat, nicht betroffen wird, dagegen bei Einfuhren über die Landesgrenzen diese Zollerhöhungen vollwirksam werden, hat das die praktische Bedeutung, dass der deutsche Zwischenhandel nach Polen in erheblichem Umfang ausgeschaltet wird.

Die polnische Regierung hat zwar der deutschen Gesandtschaft in Warschau versichert, dass die neuen Massnahmen "nur temporären und provisorischen Charakter" tragen sollen und zum Ausdruck gebracht, dass für gewisse Mengen der auf der Einfuhrverbotsliste stehenden Waren Kontingente eingeräumt werden sollen. Da Deutschland der industrielle Hauptlieferant Polens ist, versteht es sich von

selbst, dass in erster Linie die deutsche Industrie, die am schwersten von den Einfuhrverboten betroffen wird, auf die Einräumung derartiger Kontingente Anspruch hat. Es ist dringend notwendig, dass über diesen Fragenkomplex, wie überhaupt über die Gestaltung der deutsch=polnischen Handels= und Wirtschaftsbeziehungen unverzüglich Verhandlungen aufgenommen würden. Seit dem Abschluss des deutsch=polnischen Handelsvertrages, der von deutscher Seite nicht ratifiziert worden ist, haben sich die Verhältnisse so grundlegend geändert, dass neue Verhandlungen ohnehin unvermeidlich erscheinen. Wenn es möglich wäre, wenigstens zu einem provisorischen Handelsabkommen zu gelangen, so wäre das für beide Länder ein erfreuliches Ergebnis. Angesichts des Tiefstandes des binnendeutschen Absatzes haben wir das stärkste Interesse an der Aufrechterhaltung der bisherigen, schon stark eingeschrumpften Ausfuhr. Die polnische Wirtschaft ist gleichfalls in erster Reihe auf den Absatz nach Deutschland angewiesen.

Es kommt noch für uns hinzu, dass für die schlesische verarbeitende Industrie, die sich ohnehin in einer ganz besonderen Notlage befindet, die Aufrechterhaltung der Ausfuhr nach Polen wie die Liquidierung des Zollkrieges eine Lebensfrage ist. Der Verband der niederschlesischen Industrie= und Handelskammern schreibt hierüber in seinem letzten soeben erschienenen Jahresbericht: "Von den zahlreichen polnischen Zollerhöhungen wurden besonders schlesische Industriewaren in hohem Masse betroffen... Der vertraglose Zustand mit Polen besteht nunmehr schon 6½ Jahre! Je länger er andauert, um so mehr häufen sich die Schwierigkeiten und um so grösserer Mühen wird es bedürfen, ihn zu beenden. Es ist wirtschaftlich auf die Dauer nicht als tragbar anzusehen, dass zwischen zwei benachbarten Ländern mit langer gemeinsamen Grenzen und einer von Natur gegebenen engen wirtschaftlichen Verflechtung die Handelsbeziehungen einer ordnungsgemässen staatlichen Regelung ermangeln."

---

SPD. Der Margarinekonzern Unilever (Jürgens, van den Bergh Margarine=Verkaufs=Union) teilt mir, dass er, "im Sinne der vierten Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten, die Kleinhandelspreise für seine Spitzenmarken ab 1. Januar 1932 erheblich gesenkt hat und zwar für Rama im Blauband von 1 Mark auf 80 Pfennig, für Sanelle von 70 auf 63 Pfennig und für Palmin ebenfalls von 70 auf 63 Pfennig. Auch die Grosshandelspreise werden einer entsprechenden Senkung unterzogen."

Originell ist, dass der Margarinetrust die Preissenkung, die schon lange fällig war, auf die vierte Notverordnung zurückführt. Danach wäre der Trust weit über die Bestimmung der Notverordnung hinausgegangen und verdiente eine Belohnung für kräftige und radikale Preisherabsetzung. In Wirklichkeit ist der bewegende Grund für die Preissenkung der Zusammenbruch der Margarinepreiskonvention. (Üheres siehe Spitzenartikel Wirtschaft).

---

SPD. Zu der Anfang dieser Woche verbreiteten Meldung, dass sich die im Hamburger Hafen stillgelegte Tonnage vom Dezember 1931 bis zum Januar 1932 um 250 000 Tonnen auf 700 000 Tonnen gesteigert - der stillgelegte Schiffspark umfasst 175 Seeschiffe, darunter 25 Schiffe ausländischer Flagge - schreibt uns unser Hamburger Mitarbeiter u.a.:

- "Dieses rapide Anwachsen der aufgelegten Tonnage hat seine besonderen Ursachen, die nicht allein mit der Weltwirtschaftskrise zu erklären sind. Die deutschen Reedereien und besonders die Hamburger Reedereien sind mehr und mehr dazu übergegangen, die eigenen Schiffe aufzulegen und ausländische, hauptsächlich englische Schiffe in Dienst zu nehmen, weil das für sie billiger ist. Die

Reedereien sparen dabei zwar nicht an der Heuer, denn die englischen Löhne sind noch etwas höher als die deutschen; aber sie haben dann eine gute Gelegenheit, sich um soziale Abgaben, Steuern usw. zu drücken. Den deutschen Seeleuten wird dadurch die Arbeit genommen. Sie können sehen, wie sie mit ihren Angehörigen durchkommen. Betrachtet man von diesem Standpunkt aus das Ansteigen der aufgelegten Tonnage im Hamburger Hafen, dann wird man den Verdacht los, dass hier die Reedereien aus eigensüchtigen Gründen eine bewusste Sabotagepolitik gegen die deutsche Volkswirtschaft betreiben. Berücksichtigt ferner, dass nach wie vor Tausende von fremden Seeleuten in der deutschen Handelsflotte beschäftigt werden, dann muss man das Vorgehen der Reedereien als einen unerhörten Skandal bezeichnen, gegen den unbedingt eingeschritten werden muss."

Im Grunde genommen handelt es sich hier um einen Beitrag zum Kapitel Patriotismus, von dem unsere deutschen Unternehmer gern reden, für den sie aber keinen Pfifferling geben, wenn kein Profit dabei herauspringt.

-----

SPD. Aus Handelskreisen wird dem Soz. Pressedienst u.ä. geschrieben: "Die mit der Bankkrise einsetzende Devisennot hat dazu geführt, die ins Land hereinkommenden Devisen einer Bewirtschaftung zu unterwerfen. Man will damit verhindern, dass Devisen für Zwecke ausgegeben werden, die dem Interesse der deutschen Volkswirtschaft nicht entsprechen. Die verschiedenen Importeure, die Waren aus dem Ausland nach Deutschland bringen, haben sich in diesem Zusammenhang bei der Zuteilung von Devisen eine Kürzung der Devisenbeträge weit unter den Stand vor der Einführung der Devisenbewirtschaftung gefallen lassen müssen. Das passierte auch den Kohlenimporteuren, die in der Hauptsache englische Kohle nach Deutschland einführen. Sie erhalten nur 75 Prozent der früheren Beträge. Wie die Beträge aber ausgezahlt werden, ist ein toller Skandal. Bei dieser Einfuhr kommt hauptsächlich englische Kohle in Frage. Die Kohlenimporteure benötigen also in der Hauptsache englische Pfunde. Zuteilt wird ihnen aber der Betrag von 75 Prozent nicht in englischen Pfunden, sondern in Markbeträgen. Da das englische Pfund aber stark gefallen ist, können die Importeure für diese Markbeträge mehr englische Pfunde kaufen als vor dem Sturz des englischen Pfundes. In Wirklichkeit ist also der Betrag, der den Kohlenimporteuren zuteilt wird, ein Zeichen der Devisenbewirtschaftung höher als vorher. Devisen, sonst so bitter nötig, werden sozusagen - und nicht im Interesse des deutschen Arbeitsmarktes - vergeudet. Liegt dieser "Ordnung" ein tieferer Sinn zu Grunde? Oder handelt es sich mal wieder um ein Meisterstückchen unserer Bürokratie? Eine Beantwortung dieser Frage und Abstellung des Unfugs ist dringend geboten."

-----

SPD. Der Rechnungshof des Deutschen Reiches hat die Bilanz und den Geschäftsbericht der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein für das Geschäftsjahr 1930/31 überprüft und veröffentlicht jetzt einen Bericht darüber, der beweist, dass die gegenwärtige Organisation und der gegenwärtige Betrieb des Branntweinmonopols in Deutschland ein wirtschaftlicher Unfug ist und dass das deutsche Reich zu arm ist, sich die bisherigen Subventionen für die Grosslandwirtschaft weiter zu leisten. Die Reorganisation des Branntweinmonopols ist dringend erforderlich.

Der Bericht geht von einigen charakteristischen Zahlen aus: Der Ertrag des Monopols ist im genannten Jahre um über 35 Prozent hinter dem des Vorjahres zurückgeblieben. Der Absatz an Branntwein zu regelmässigen Preisen, die stark überhöht sind und auch bisher, trotz der vierten Notverordnung, nicht gesenkt wurden, also der Absatz an Trinkbranntwein hat sich gegenüber dem Vor-



jahr um 41,31 Prozent verringert. Aber auch der Absatz von Branntwein zu ermässigten Preisen, also der Absatz von Branntwein, der für Fabrikationszweck gebraucht wird, ist um 16,77 Prozent zurückgegangen. Der Bericht des Rechnungshofes betrachtet das als Glücksfall; andernfalls wäre der Verlust des Branntweinmonopols noch grösser gewesen. Der Beimischungszwang, die Bezugspflicht von Spiritus zu Treibstoffzwecken, hat sich für das Geschäftsjahr nicht erlastend ausgewirkt. So verfügte das Branntweinmonopol Ende September 1931 über einen Bestand von 2 Millionen Hektolitern Spiritus. Die Bestände haben sich also im Geschäftsjahr nicht verringert, sondern um die ungeheure Menge von 400 000 Hektolitern vermehrt. Der Rechnungshof sagt, dass diese Zustände unhaltbar seien. Man kann ihm nur zustimmen. Wenn man die Kartoffeln, die man unnötigerweise zu Sprit verbrannt hat, den Arbeitslosen schenken würde, was die Sozialdemokratie des öfteren vorgeschlagen hat, so würden die durch Durchhaltung unnötiger Bestände entstehenden Unkosten mehr als ausreichen, um die der Arbeitslosen geschenkten Kartoffeln mehr als gut zu bezahlen. Aber man macht es in Deutschland anders.

Der Rechnungshof macht den schüchternen Versuch, die Quellen der Unwirtschaftlichkeit aufzudecken und stellt fest, dass das Brennrecht, das den Grossagrariern für das Geschäftsjahr 1931/32 eingeräumt worden ist, "im Verhältnis zu dem zu erwartenden allgemeinen Absatz viel zu hoch gewesen sei." Die Sozialdemokratie hat immer auf diesen Unfug hingewiesen und immer wieder erläutert, dass hinter dem mit hohen Einkaufspreisen verbundenen überhöhten Brennrecht nichts anderes steckt als eine Riesensubvention an die Grossagrariere. Selbst mit dem berühmten Beimischungszwang wird man nach Ansicht des Rechnungshofes dem Uebel der Unwirtschaftlichkeit nicht zu Leibe gehen können; denn wenn sich auch der durch Beimischungszwang erfolgende Mehrabsatz von Sprit im Jahre 1931/32 auf 1 Million Hektoliter gegenüber 510 000 Hektoliter im Vorjahr erhöhen sollte, würden die Bestände des Monopolsamtes Ende September 1932 nicht annähernd auf das "noch vertretbare Mass von 1 Million Hektoliter herabgesetzt" werden können. Damit ist wohl der Stab über die ganze Politik des Branntweinmonopolsamtes und auch über die Subventionspolitik des Reichsernährungsministers Schiele gebrochen. Je eher wir zu einer Reorganisation des Branntweinmonopolsamtes kommen, desto besser ist es und desto weniger Verluste gibt es.

Von Interesse sind auch die Vorschläge, die der Rechnungshof für eine Besserung der Lage macht. Er ist wie wir der Auffassung, dass die Preise für Trinkbranntwein zu hoch liegen und dass der aus deutschen Kartoffeln gebrannte Fusel die Konkurrenz gegen die Südweine, die vielfach mit demselben Fusel gespritet sind, nicht aufnehmen kann. Der Rechnungshof tritt also für eine Senkung der Trinkbranntweinpreise ein. Es ist aber nicht ersichtlich, wie man hier zu einem wirklichen Erfolg kommen will. Schon deshalb nicht, weil die Kleinverkaufs- und Schankpreise in den letzten Jahren stärker erhöht worden sind als das Branntweinmonopolamt seine Preise erhöhte. Jetzt berufen sich die Likörfabriken darauf, dass sie von diesen Preisen nicht herunter könnten, weil ja das Branntweinmonopolamt auch seine Preise nicht ermässige. Dass diese Argumentation daneben trifft und dass die Kleinverkaufs- und Schankpreise auch ohne eine Senkung der Monopolpreise stark herabgesetzt werden können, bedarf wohl keines Nachweises.

---

SPD. Die Abladungen der zum Deutschen Kalisyndikat gehörenden Kaliwerke im Dezember 1931 betragen 372 484 dz Reinkali. Die Abladungen in den ersten acht Monaten (Mai bis Dezember 1931) des laufenden Düngjahres betragen 4 504 813 dz Reinkali.



## Weizen billiger.

(Berliner Getreidebörse vom 6. Januar.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse trat am Mittwoch eine merkliche Abschwächung der Weizentendenz in Erscheinung. Nachdem in den vorangegangenen Tagen die Notierungen stark in die Höhe gegangen waren, wurde das Angebot der Landwirte erheblich grösser. Die Kauflust der Mühlen hielt mit dem wachsenden Angebot nicht schritt, sodass nur ein Teil der auf den Markt gebrachten Ware Unterkunft fand. Hierbei ergaben sich geringe Preisabschwächungen um 2 Mark für prompte Ware, während am Markte der Zeitgeschäfte Weizen um 2 bis 3 Mark verlor. Roggen hatte stetigere Tendenz. Das Angebot in prompter Ware blieb gleich gering und fand zu eher etwas festeren Preisen gute Aufnahme. Auch am Markte der Zeitgeschäfte hielten sich die Abschwächungen in Grenzen. Am Mehlmarkt hatte Weizenmehl ruhigeres Geschäft bei unveränderten Offerten, während für Roggenmehl die Stimmung eher etwas fester war. Insbesondere fanden Provinzmehle gute Beachtung. Für Hafer war die Stimmung stetig, zuletzt schwächte sich die Tendenz wieder leicht ab.

	<u>5. Jan.</u>	<u>6. Jan.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	222 - 224	221 - 223
Roggen	185 - 187	187 - 189
Braugerste	153 - 165	153 - 165
Futter- und Industriergerste	148 - 152	148 - 152
Hafer	134 - 142	134 - 142
Weizenmehl	27,00 - 31,00	27,00 - 31,00
Roggenmehl	25,85 - 27,90	26,00 - 28,00
Weizenkleie	8,75 - 9,00	8,75 - 9,00
Roggenkleie	9,00 - 9,50	9,00 - 9,50
<u>Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte:</u> Weizen März 242 - 241 (Vortag 243 $\frac{3}{4}$ )		
Mai 249 (252). Roggen März 206 $\frac{1}{4}$ (206 $\frac{1}{2}$ ), Mai 213 $\frac{1}{2}$ (214). Hafer März 154 - 152 $\frac{1}{2}$ (156). Mai 160 - 159 $\frac{1}{4}$ (163).		

SPD. Das Reichsfinanzministerium weist die Einnahmen im Monat November 1931 im ordentlichen Etat mit 739,5 Millionen Mark aus, die Ausgaben mit 686,7 Millionen Mark. Die Mehreinnahmen betragen im November rund 52,8 Millionen Mark. Im ganzen Rechnungsjahr, also von April bis November 1931, stehen 5 909,4 Millionen Mark Einnahmen 5 817,7 Millionen Mark Ausgaben gegenüber. Mit hin ergibt sich bis Ende Oktober 1931 ein Ueberschuss von 91,7 Millionen Mark.

Im ausserordentlichen Etat ergibt sich bei 55,7 Millionen Mark Ausgaben und keinen Einnahmen ein Defizit von 55,7 Millionen Mark. Das Defizit hat sich im Laufe des Rechnungsjahres im ausserordentlichen Etat bei 26,5 Millionen Mark Einnahmen und 137,1 Millionen Mark Ausgaben auf 110,6 Millionen Mark gesteigert.

In diesen Zahlen sind die aus dem Vorjahr übernommenen Fehlbeträge natürlich nicht enthalten. Unter Berücksichtigung der planmässigen Schuldentilgung und der zur Verfügung stehenden Restbestände aus dem Rechnungsjahr 1931 ergibt sich ein Gesamtdefizit im ordentlichen und ausserordentlichen Etat für Ende November 1931 in Höhe von rund 769,5 Millionen Mark.

# Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S . P . D

Berlin, den 6. Januar 1932.

## Vier unterm Kessel.<sup>x</sup>

SPD. Wochenlang streiften die zwei Männer nun schon am Hafen herum, erkundigten sich nach auslaufenden Schiffen - gingen - kamen wieder. Tag um Tag. - Irgendwo im Binnenlande waren sie aufeinander gestossen. Auf der Landstrasse, fanden Gefallen aneinander und tippelten gemeinsam. Planlos. Sie hatten ja Zeit; niemand trieb sie. Arbeit fanden sie doch nicht. - Wie es gekommen? Keiner der Beiden wusste das so recht. Hatte Franz, der jüngere, es vorgeschlagen? War der ältere Anton auf den Gedanken gekommen? Sie hatten plötzlich ein Ziel! Hamburg. Das frass sich fest in ihnen. Sie wollten raus aus dem Schlamassel in Deutschland. Nun lauerten sie auf die Gelegenheit, auf einen Dampfer zu gelangen. Das Klinkenputzen in Hamburg hing ihnen zum Halse heraus. Immer wieder Treppen hoch und hinunter. Oft machten die Leute erst gar nicht die Tür auf. Es waren zu viele, die kamen. Und zwischendurch der Weg an den Hafen - da warten auf die Gelegenheit Nachts. Einmal waren sie schon auf einem Dampfer. Im letzten Augenblick wurden sie erwischt. Heilfroh waren sie, dass man sie kurzerhand an Land setzte und laufen liess.

Ob sie es nicht lieber ganz aufgaben? Damals, als sie den Entschluss fassten, dachten sie nicht, dass es so schwer wäre, als "Blinde" ins Ausland zu gelangen. - In einer Penne im Hafenviertel sassen sie und sprachen, wie schon so oft, über ihren Plan. "Es ist doch hoffnungslos," sagte Franz. Der Ältere war zuversichtlicher, redete gut zu: "Wird schon noch gelingen. Musst noch etwas Geduld haben, Franz. Kannst ja auch besser aushalten jetzt, nachdem Du das Geld von Hause bekommen hast."

"Das Geld... habe ich mir nicht von meiner Schwester gepumpt, um es hier in Hamburg zu vertun. Gelingt unser Plan nicht bald, sende ich die paar hundert Mark wieder zurück - gehe wieder auf die Walze."

"Walze... Als "Blinde" fahren gehört doch auch dazu. Meinst Du, im Auslande warten sie nur auf Dich? Dort kannst Du ebenfalls walzen - und Kohldampf schieben auch."

"Aber man kann Glück haben."

"Stimmt schon. Das wollen wir uns aber erst mal für heute Abend wünschen."

"Heute Abend - was hast Du vor?"

"Ich habe gehört, dass morgen früh ein Dampfer ausläuft. Es soll verhältnismässig leicht sein, da hinaufzukriechen." -

Der Abend war dunkel und regnerisch. Zudem pfiff der Wind recht heftig und manches Geräusch verlor sich. Die beiden Männer verkrochen sich erst einige Stunden unter einem Eisenbahnwaggon, um nicht bis auf die Haut nass zu werden. - Der Kai lag still; kein Mensch war zu sehen. Da entschlossen sie sich und schlichen sich an den Dampfer heran. Lauschten. - Bald danach waren sie an Deck. Franz wollte sich nach einem Versteck umsehen. "Hier oben können wir nicht bleiben," flüsterte der Andere. "Wir müssen hinunter - in den Laderaum oder sonstwohin."

"Aber wie?" fragte Franz.

"Pst! Halt den Mund und folge mir - aber vorsichtig," mahnte Anton und drückte sich, von dem Jüngeren gefolgt, dem Hinterdeck zu. Franz verharrte einmal; er glaubte ein Geräusch zu hören. Waren sie bemerkt worden? Als er aufschaute, war sein Führer verschwunden. Was sollte er tun? Ein leises "Pst!"

wies ihm die Richtung. Gleich darauf war auch er in einem Gange verschwunden, der nach innen führte. Der Ältere liess dem Jüngeren keine Zeit zum Überlegen. "Vorwärts," mahnte er und zog Franz hinter sich her. Manchmal liess er seine Taschenlampe kurz aufblincken. Es ging eine Leiter hinab - noch eine... "Wir kommen in den Maschinenraum," sagte der Voranschleichende. "Hoffentlich ist niemand unten!" - Schliesslich standen beide vor dem Kessel. "Dahinter müssen wir uns erst mal verkriechen - was später wird, werden wir sehen."

"Wenn uns aber die Heizer finden?"

"Wird, denk' ich, nicht geschehen. Wenn wir erst auf See sind, drücken die vielleicht beide Augen zu. Wirst dann wohl was opfern müssen."

"Schön ist das Lager da unten nicht. Es wird wohl recht heiss da sein," sagte Franz.

"Ist nicht so schlimm," antwortete Anton und kroch voran. Franz folgte. Im Scheine der Taschenlampe erblickten sie zwei andere "Blinde", die sich den Platz unter dem Kessel als "Koje" auserwählt hatten. "Vier Seelen ein Gedanke, begrüsst Anton die Beiden. "Aber so viele Unwillkommene sind etwas viel für den kleinen Kahn. Bin neugierig, was geschieht, wenn sie uns fassen. Na, warte wir es ab!"

+ + +

Gegen Morgen wurde es lebhaft vor dem Kessel. Der Schürhaken rasselte, Kohlen flogen auf die Roste. Stimmen tönnten dazwischen. - Die vier unter dem Kessel verhielten sich still - dösten vor sich hin, jeder mit seinen Gedanken beschäftigt.

Durch einen lauten Knall wurden sie plötzlich aufgeschreckt. Ueber ihnen brauste und zischte es. Und dann - heisse Wassermassen ergossen sich über die Männer unter dem Kessel. Markerschütternd gellten Schreie aus vier Männerkehlen durch den Raum. - Heizer und Maschinist blickten sich an. - Da waren Menschen unter dem Kessel? -

Als man die vier hervorgezogen hatte, waren sie schwer verbrüht von dem siedenden Wasser, das aus einem aufgesprungenen Ventil geflutet war. - Kurze Zeit darauf schloss sich die Pforte des Krankenhauses hinter den vieren, die am Abend vorher so hoffnungsvoll unter den Kessel des Dampfers gekrochen waren

Karl Schatz.

-----  
Der Apfel der Eva.<sup>x</sup>  
-----

SPD. Der Mann aus dem Westen legte den Kopf schief und sah sich den "Sündenfall" an. Seine Unterlippe hing ein wenig nach unten. Er sah sehr komisch aus, und Herr Prok hatte Mühe, sich ein Lachen zu verbeissen. "Schön ist es nicht," sagte der Mann aus dem Westen. "Aber ich brauche sowas für meine Bibliothek. Was soll es denn kosten?"

"Dreihunderttausend Mark", sagte Prok.

Die Unterlippe des Kunden senkte sich noch weiter nach unten. Seine Augen drohten herauszuquellen. Er schrie: "Dreihunderttausend Mark? Das ist ja ein Riesenvermögen!"

"Für einen echten van Eyck ist das nicht viel", sagte Prok.

"Ach so, es ist ein echter van Eyck. Van Eyck? Van Eyck heisst der Maler, hm. Augenblick mal." Der Kunde zog aus seiner Manteltasche ein Buch. Prok erkannte es gleich als das gelbe Handbuch des Kunsthandels. Der Mann aus dem Westen blätterte darin herum. Dann hatte er gefunden, was er suchte, und sein Gesicht begann zu strahlen. "Hier steht alles über van Eyck. Und hier steht auch, dass Professor Jan van Huizen, Amsterdam, der bedeutendste Sachverständige für diesen Maler ist. Also, Herr Prok, ich kaufe das Bild."

"Oh!" machte Prok strahlend.

"Sachte, sachte! Ich kaufe das Bild unter der Bedingung, dass mir eine Echtheitsbescheinigung von Professor Jan van Huizen vorgelegt wird."

Proks Gesicht wurde lang und länger. Er stammelte etwas, aber der Mann aus dem Westen steckte sein gelbes Buch ein, ergriff seinen dicken Spazierstock und ging mit kurzem Nicken fort.

Kaum war er draussen, da rief Prok seinen Prokuristen und erzählte ihm das Ergebnis der Unterredung. "Dieser Raffke! Dieser vollgefressene Sancho Pansa! Dieser Fettbauch! Wie er nur auf die ausgefallene Idee gekommen ist! Na, wird wohl nichts als Bauernschlauheit sein. Aber, Julius, was machen wir nun?" Julius zuckte die Achseln: "Das Beste ist: Wir lassen Professor van Huisen kommen, bezahlen ihm das Gutachten, und die Sache ist erledigt."

"So! Und wenn van Huisen behauptet, das Bild sei nicht echt?"

"Das wird er kaum tun. Das Bild ist überzeugendster van Eyck; da beisst die Maus keinen Faden ab, auch kein van Huisen."

Vier Tage später sass Jan van Huisen vor dem "Sündenfall" und betrachtete ihn andächtig mit einer Lupe. Dann liess er das Bild röntgen. Darauf nahm er aus einer Ecke eine atomgrosse Farbprobe und liess sie chemisch untersuchen. Schliesslich wälzte er Bücher und Photographieen von Bildern aus der Zeit van Eycks, mass genau den Brustumfang Adams und die Taille Evas. Und erklärte nach einwöchiger Arbeit Herrn Prok: "Ich kann Ihnen leider nicht bestätigen, dass dieses Bild ein van Eyck ist."

Prok tat einen verzweiflungsschrei.

"Nur ruhig! Aber ich kann Ihnen bestätigen, dass es mit neunundneunzigprozentiger Wahrscheinlichkeit ein van Eyck ist oder zumindest aus seiner Werkstatt stammt und Spuren seiner Hand aufweist. Ich werde Ihnen das Gutachten gleich schriftlich geben." Und Professor van Huisen setzte sich hin und schrieb zwei grosse Bogen voll. Und noch einen kleinen Bogen, der eine Rechnung über dreitausend Mark für dieses Gutachten darstellte. Prok bezahlte strahlend die dreitausend Mark, und Professor van Huisen verabschiedete sich.

Als er draussen war, fiel Prok seinem Prokuristen um den Hals. "Gelungen!" rief er. "Jetzt müssen wir sofort anrufen."

"Bei dem Mann aus dem Westen?"

"Um Himmels willen nicht! Nein, bei Egon."

"Was soll denn Egon jetzt noch?"

"Wirst Du schon sehen. Also los, er soll sofort kommen."

Eine Viertelstunde danach war Egon da. "Herr Egon", sagte Prok. "Ich habe Ihnen eine erfreuliche Mitteilung zu machen. Ihr "Sündenfall" ist verkauft! Die Fälschung ist wirklich hervorragend gelungen. Professor van Huisen hat mir eben bestätigt, dass es mit 99 % Wahrscheinlichkeit ein van Eyck ist. Das haben Sie grossartig gemacht. Ihr Honorar in Höhe von tausend Mark können Sie nachher gleich mitnehmen. Unter einer Bedingung."

"Unter jeder Bedingung", sagte Egon strahlend vor Freude.

"Sie müssen den Apfel übermalen."

"Warum denn? Den habe ich doch nach der Natur gemalt!"

"Sie sind ein Schaf. Genau so ein Schaf wie Professor van Huisen. Alles haben Sie beachtet, die chemische Zusammensetzung der Farbe, die anatomischen Kenntnisse van Eycks, die Wirkung des Röntgenbildes, alles, bloss eins nicht: den Apfel."

"Was ist denn bloss mit dem Apfel los?"

"Mir", sagte Prok, "ist es ja auch erst aufgefallen, als dieser Dussel vor Professor das Bild untersuchte. Und ich bekam einen entsetzlichen Schreck. Aber der Professor merkte nichts. Gucken Sie sich doch mal Ihren Apfel an, Egon!"

Egon betrachtete den Apfel, den Eva hielt. "Ich kann nichts daran rinden" sagte er. Julius betrachtete den Apfel und konnte auch nichts daran finden. "Na, dann will ich es Euch sagen", sagte Prok und warf ein Heftchen auf den Tisch. Egon nahm es und blätterte darin. "Ein Obstbaukatalog?" fragte er verblüfft.

"Ja, und auf Seite 19 ist der Apfel, den Sie gemalt haben. Nach der Natur! Freilich nach der Natur! Aber van Eyck hätte Ihren Apfel niemals malen können."

denn diese Sorte gibt es erst seit zwanzig Jahren! Der Apfel, den Ihre Eva hält, ist ein modernes Züchtungsprodukt des Amerikaners Burbank. Jeder Obstkenner hätte das sofort herausgefunden."

Egon machte ein vor Verblüffung blödes Gesicht. Julius desgleichen. Nur Prok lachte: "So, und nun übermalen Sie, bitte, Ihren Apfel und machen Sie einen mittelalterlichen daraus!"

Wenige Tage später überreichte der Mann aus dem Westen Prok einen Scheck über dreihunderttausend Mark. "Schön", sagte er, "ist das Bild ja gerade nicht Na, die Hauptsache ist, dass es mit Preisangabe in die "illustrierte" kommt. Was meinen Sie, was das für eine Reklame für mich ist! Da verzichte ich gern auf Schönheit. Ein bisschen unnatürlich ist es auch."

"Wieso denn unnatürlich?"

"Na, nehmen Sie doch beispielsweise mal den Apfel, den Eva da in der Hand hält! Ich bin selber Obstbau fachmann und kann Ihnen sagen: So eine Missgeburt von Apfel gibt es ja garnicht. Wenn ich das schon voriges Mal bemerkt hätte, würde ich das Bild vielleicht nicht gekauft haben...."

Kurt Miethke.

---

### Gase bauen Welten.<sup>x</sup>

---

SPD. Wissen Sie, was Gase sind, und was Gase bedeuten? Nein, Sie wissen es nicht. Gase sind gewissermassen die Mütter des Alls. In einem ganz grossen Sinne kann man zur Erde und allem, was auf ihr sich regt, sagen: Aus Gas bist du; zu Gas wirst du wieder werden.

Alle Gase sind ein Mückenschwarm fester "Teilchen", der in der Wärme durch einander tanzt. Die ganze Physik hat kein zweites Gebiet wie das der "kinetischen Gastheorie" (worunter man die Bewegungslehre der Stoffteilchen in Gasen verstehen muss), auf dem alle Berechnungen und auf sie gestützten Behauptungen so vollkommen mit den Beobachtungen übereinstimmen. Sie hat errechnet, dass die Stoffteilchen des Wasserstoffes schon bei null Grad mit der Geschwindigkeit von 1844 Metern in der Sekunde auseinanderfliegen, also ebenso schnell wie Flintenkugeln. Und das steigert sich entsprechend bei wachsender Wärme. Die Gasteilchen beschiessen also die Wand ihres Behälters wie ein Regiment mit einem wahren Trommelfeuer. Diese Erfahrung benutzt man bei den Gaskraftmaschinen, und sie mag auch die Gewalt des Gasdruckes erklären und dem Worte "Luftdruck" seinen Sinn geben. Auch was eine Explosion ist, wird man nun verstehen. Die plötzliche Erhitzung, durch die feste Körper oder Flüssigkeiten zu Gasen umgebildet werden, treibt deren Teilchen mit einer Wucht auseinander, von der die Menschheit in den vergangenen grossen Kriegen einen Gebrauch machte, der ganze Länder in Wüsteneien verwandelt hat, wie sie auch in Bergwerken ganze Bergwände auseinander treibt.

Das ist die Gaswelt, ein sich unsern Sinnen entziehender und darum unheimlicher, schreckender Bestandteil des Alls, dessen Gesamtbedeutung in der Natur sich vorzustellen allergrösste Mühe macht, und der deshalb zweifelsohne bedeutend unterschätzt wird. Denn versucht man, sich den Himmelsraum, soweit man ihn kennt, auf einen kleineren und fasslichen Masstab zu vereinfachen, und vergleicht man dann die darin schwebenden Massen mit den Gasen, dann nähert man sich wohl der Wirklichkeit mehr als unter dem Banne der gewohnten Natureindrücke, die uns als Rindenbewohner einer harten Kugel fortwährend mit festen Dingen zusammenstossen lassen, und die uns sogar, wenn wir den Blick zum Sternhimmel richten, vorspiegelt, er sei erfüllt mit unermesslichen Mengen von wieder festem Weltensstoff.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass unser Sonnensystem ein ungeheurer Gasball ist, erfüllt mit dem Gas Coronium, in das die Sonne mit ihrer Gefolgschaft bis zum Neptun eingebettet ist. Dass andre Sonnen überhaupt nur aus Gasen be-

stehen, wie auch unsere Sonne nur ein Gasball ist, wird nicht bezweifelt. Dazu kommen die Tausende von dunklen und glühenden Himmelsnebeln und die unermesslichen, nach Lichtjahren zählenden Zwischenräume von Sonne zu Sonne. Man versuche, sich das anschaulich zu machen, indem man sich das Weltall als einen Würfel vorstellt, so gross wie der grösste Häuserblock in unsern Grosstädten. Er soll Glaswände haben und leer sein. Und nun erfüllen wir ihn mit entsprechend verkleinerten Modellen der Himmelswelt. Was kommt hinein? Die nächste Sonne ausser der unseren ist viele Lichtjahre entfernt, die entfernteste angeblich 12 000 Lichtjahre. Nehmen wir an, unser Würfel sei 240 Meter lang, also ebenso lang wie ein Ozeandampfer oder die grosse Pyramide. Dann müsste in ihm unsere in seinem Mittelpunkt schwebende Sonne ein Pünktchen sein, von dem ein Meer weit entfernt wieder ein Pünktchen schwebt, und so fort. Nur sind die Sonnen so klein, dass man in einem 240 Meter langen "Weltall" sie nur mikroskopisch darstellen darf. Sogar die grössten Sonnen, die man zehntausendmal grösser schätzt als unser Himmelslicht, dürfen noch nicht als Staubkörnchen wiedergegeben werden. Und die Mehrzahl der Sonnen besteht aus Gas. Die Himmelsnebel sind Gas. Der ganze ungeheuerliche gläserne Block, so hoch und breit wie die grösste der ägyptischen Pyramiden, wäre leer; in meterweiten Entfernungen schweben mikroskopische Pünktchen; die Milchstrasse wäre vielleicht ein zarter Dunst darin. Jedermann, der das sieht, würde sagen, dieses Weltall ist ja leer; der feste Stoff, von dem ich kaum etwas wahrnehmen kann, ist darin ohne jede Bedeutung. Ein bisschen Gas und angeblich ein paar Staubkörnchen darin, das ist alles.

Da hat man dann einen anschaulichen Weltbegriff, abgeleitet aus dem Verständnis dafür, was Gase bedeuten.

Dr.R.Francé.

=====

V.H. gegen O.E.<sup>x</sup>

=====

SPD. 3300 Rechtsanwälte gibt es allein in Berlin, und sie alle beschäftigen sich in dieser schuldenvollsten aller Zeiten zum guten Teil damit, für ihre Klienten Gelder einzuklagen. Es ist immer der gleiche Weg und das gleiche Leid, und zumeist sind es auch die gleichen Schuldner. Haben die Anwälte endlich ein rechtskräftiges Urteil für ihre Mandanten erlangt, dann kommt der so bittere Schritt der Zwangsvollstreckung, bitter für den Gläubiger, weil dieser Schritt so oft erfolglos ausgeht und ihm niemand sagen kann, ob es Sinn hat, seinem schlechten Gelde noch gutes nachzuwerfen.

250 Gerichtsvollzieher gibt es in Berlin. Und was 3300 Rechtsanwälte für Abertausende von Gläubigern erreicht haben, das müssen diese 250 Gerichtsvollzieher vollstrecken. Wundert man sich da noch, dass sie diese Fülle von Arbeit kaum bewältigen, sich um die Schuldner nur sehr oberflächlich kümmern und dem so häufigen "Fruchtlos" keine ausführliche Begründung und Darlegung hinzufügen können? Treffe ich da neulich einen alten Bekannten von der Sorte Mensch, die man gemeinhin sehr höflich "Lebenskünstler" nennt, und frage ihn nach seinem Befinden. "Danke. Mir geht's jetzt ausgezeichnet. Seit dem O.E. bin ich alle Sorgen los."

"Ah! Ein neues Mittel gegen die Sorgen? Was ist das?"

"Mensch, Sie wissen nicht, was O.E. heisst? Offenbarungseid!"

Und das soll von Sorgen befreien? Ich bin noch im alten Sinne des Wortes befangen, der uns lehrte, dass der Offenbarungseid das letzte sei, nach dem oft nichts anderes mehr komme als ein Gang ins stille Kämmerlein und ein Revolver schuss oder ein Strick. Aber jeder "Lebenskünstler" und jeder Rechtsanwalt wird bestätigen, dass für Viele heute der O.E. der Anfang zu einem geruhsameren Leben ist, wenn sie ihrer Schulden nicht mehr Herr werden können. Denn dann können sie jedem mahnenden Gläubiger sanft und ruhig auf die Schulter klopfen:



"Lieber Mann, werfen Sie ihr Geld nicht zum Fenster hinaus! Ich bin schon drüber weg. O.E. - Aus." - Es ist so eine Art § 51 geworden.

Oder war es bisher. Denn damit soll es jetzt aufhören. Dafür will die V.H. sorgen. Diese zwei Buchstaben sollen auch den schlechtesten Zahlern Tag und Nacht drohend vor Augen tanzen.

V.H. ist die Vollstreckungshilfe der Berliner Anwaltschaft, die vor kurze ins Leben gerufen wurde und bereits mit erfreulichen Erfolgen arbeitet. Als die Ergebnisse der Zwangsvollstreckungen immer mädiger wurden, als die Not mancher Schuldner ebenso stieg, wie die Moral anderer sank, und immer mehr Mittelchen gefunden wurden, sich vor unliebsamen Verpflichtungen zu drücken, setzten sich die Berliner Anwälte zusammen und beschloss, zur Selbsthilfe zu greifen. Man schuf, da man auf die gerade jetzt wieder vom Justizministerium angekündigte Reform der Zivilprozessordnung und damit auch der Zwangsvollstreckung nicht warten konnte und wollte, diese Vollstreckungshilfe in Form einer G.m.b.H. Zwei Hauptaufgaben hat sie. Die erste war die Anlegung einer grossen Schuldnerkarte. Oft sind es dieselben Schuldner, denen von vielen Gläubigern durch verschiedene Rechtsanwälte der Prozess gemacht wird. Aber kein Anwalt konnte früher wissen, welcher seiner Kollegen gegen den gleichen Gegner vorging. In der Schuldnerkartei kann er das ohne weiteres feststellen. Er kann sehen, welche Vollstreckungen schon gegen den Mann liefen, und wie ihr Ergebnis war. Die zweite Aufgabe war der Versuch, die Zwangsvollstreckungen zu ändern und von einer Stelle aus vorzunehmen. Der Weg ist heute folgender: Wenn ein rechtskräftiges Urteil ergangen ist, können der Anwalt und seine Partei es der V.H. zur Vollstreckung übergeben. Die stellt zuerst einmal fest, ob sie sich mit dieser Sache überhaupt befassen kann. Denn wenn der Schuldner hoffnungslos faul ist, dann hat es keinen Sinn, dass sie sich damit belastet und die Kosten trägt. Nimmt sie die Sache an, dann wird zunächst durch eigene Rechercheure die Lage des Schuldners ermittelt und dann zur Zwangsvollstreckung geschritten, die nicht mehr der Gerichtsvollzieher allein vornimmt, sondern in Begleitung des betreffenden Rechercheurs oder sogar eines Volljuristen. Die Rechercheure sind meistens erfahrene Inkassobeamte oder ehemalige Kriminalbeamte, die genau wissen, wie sie die Verhältnisse ihres Opfers sicher und einwandfrei festzustellen haben. Man begnügt sich dabei nicht allein mit der Feststellung der sachlichen Umstände, sondern studiert auch die persönlichen, da es zum Beispiel viel leichter ist, einen dreissigjährigen Ehemann, der Frau und Kinder hat und seine Existenz und seine Familie nicht riskieren kann und will, zur Zahlung zu bekommen, als einen fünfzigjährigen Junggesellen, der viel eher sagen kann: Kinder, wenn ihr Geschichten macht, bin ich morgen weg, und dann könnt ihr mich lange suchen.

Ende April des verflossenen Jahres hat man diese schon lange geplante Selbsthilfe praktisch ins Leben gerufen, und von Monat zu Monat ist die Zahl der ihr übertragenen Fälle gestiegen, was umso mehr heissen will, als nach einem Vierteljahr auch noch die Gerichtsferien dazwischen kamen. Bisher hat die V.H. schon von den ihr übertragenen und von ihr angenommenen Fällen vierzig bis fünfzig Prozent mit Erfolg durchgeführt, wobei ins Gewicht fällt, dass die Meisten, von denen man die Gelder hereinbekommen hat, schon den Offenbarungseid geleistet haben, also zu den reichlich schwierigen Fällen gehören. Dieses Ergebnis ist in Anbetracht der Schwierigkeiten und auch der Zeitverhältnisse ausserordentlich günstig.

Bislang ist die V.H. eine Angelegenheit der Berliner Anwälte. Es sind aber bereits Bestrebungen im Gange, diese örtliche Einrichtung zu einer grossen Gläubigerschutzorganisation über ganz Deutschland auszubauen, und der Deutsche Anwaltverein unterstützt die Sache aktiv. In absehbarer Zeit soll eine Zusammenkunft aus ganz Deutschland stattfinden, die diese Gründung vorbereitet. Darüber hinaus bahnt sich schon langsam eine Zusammenarbeit mit Osterreich und Polen an, um auf diese Weise auch das "Hin- und Herfluten mieser Elemente" endlich einmal zu unterbinden. Die Schuldnermoral soll wieder geweckt werden. Der O.E. soll kein sanftes Ruhekissen mehr sein. Jeder soll zahlen, was er verzehrt, wie es sich gehört.

Mario Mohr.

## Querschnitt durch das dritte Reich.<sup>x</sup>

### ----- Das Regierungsprogramm.

Gleich am ersten Tage wird dekretiert:

"Die Regierungsgeschäfte werden diktatorisch geführt!  
Von jetzt an sind Alle Parteigenossen - -  
wem's nicht passt, der wird auf der Stelle erschossen.  
Mal hergehört! - Achtung, strammjastann! - :  
Das goldene Zeitalter bricht heute an!" - - -

Die neue Verfassung macht alle gleich;  
im Dritten Reich  
da wird nicht etwa bloss so getan,  
sondern man fängt die Sache gleich richtig an!

- ad I: Der Bürgersteig ist für die rauhen S.A.,  
für die übrigen ist der Strassendamm da.
- ad II: Alle Lebensmittel sind für die S.A. mit Beschlag zu be-  
legen;  
die anderen sind laut Muster 1917/18 zu verpflegen.
- ad III: betrifft die Leiber der blonden Frauen;  
man beginne sofort, am Staate der Zukunft zu bauen!
- ad IV: Das Denken wird für alle Zeiten verboten -  
verboten sind Sozis und sonstige "Roten";  
denn: im Dritten Reich braucht man keine Partei'n,  
man hat nichts weiter zu tun als zufrieden zu sein. -
- ad V: verbietet die schwarze Wolle  
auf arischem Haupt - nur die Goebbelstolle  
(in blond allerdings) ist in Zukunft erlaubt.
- ad VI: schreibt vor, dass man stillschweigend glaubt,  
dass alle Versprechen sich promptest erfüllen -  
wer Widerspruch wagt, ist auf der Stelle zu killen! - -

Der erste Erlass, nachdem man gesiegt,  
(persönlich geschrieben und gesiegelt) verfügt:  
"Aller Dalles, alle Sorgen, alle Nöte sind ex,  
gez. Adolf, Imperator Fex." - - -  
Das Volk hat sich schweigend in Demut zu neigen.  
Wie man glücklich ist, wird man ihm dann schon zeigen.  
Und wer's dann noch nicht lernt - ja, Volksgenossen:  
der wird wegen Sabotage erschossen!

W.Schirmeier.

-----  
SPD. Eichhörnchen beschädigen Telephonleitungen.<sup>x</sup> Dass die niedlichen  
nüsseknackenden Nager sich sogar an Metalle heranmachen, sollte man kaum für  
möglich halten, aber verschiedene Beobachtungen haben diese schon oft ge-  
serten Vermutungen bestätigt. Im Bezirk der Oberpostdirektion Halle haben  
Eichhörnchen die hochgelegenen Telephonleitungen dadurch beschädigt, dass sie  
in einer Höhe von etwa 6 Metern über dem Erdbogen die 2 Millimeter starken  
Bleimäntel der Rohre annagten. Es gelang den Eichhörnchen, Löcher von 1 bis  
2 Zentimetern Länge und etwa 1 Zentimeter Breite in die Bleihüllen zu knob-  
bern. Durch eindringende Feuchtigkeit wurden verschiedentlich Störungen in  
der Leitung verursacht.